

Stoppt den Naziterror

Demonstration

gegen die
NPD-Zentrale

7. Oktober

13 Uhr

S-Bhf Köpenick



- ➔ Massenmobilisierung von unten gegen Nazis
- ➔ Das Übel an der Wurzel packen: Gemeinsamer Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Profitwirtschaft

Auf nach Berlin-Köpenick!

Gift im Essen
DAS GESCHÄFT
MIT DEN GIFTEN

Seite 3

Gewerkschaften
OPPOSITION
IM ENTSTEHEN

Seite 4

Faschismus
WIE NAZIS GESCHLAGEN
WERDEN KÖNNEN

Seite 6-7

Afrika
AIDS, HUNGER, KRIEGE –
UND ARBEITSKÄMPFE

Seite 8

UMTS-Poker: Die Zeche zahlen wir

Auf den ersten Blick scheint es bei dem 100-Milliarden-Mark-Ding nur Gewinner zu geben: strahlende Gesichter bei den sechs Mobilfunkkonzern-Managern nach der Ersteuerung der UMTS-Lizenzen, ein Bundesfinanzminister Eichel als Hans im Glück und Kunden, die sich über UMTS-Handys freuen können, mit denen sie problemlos Internet-Seiten abrufen, Bankgeschäfte erledigen und sogar Spielfilme herunterladen können. Von wegen.

Die Kosten für die Lizenz-Ersteuerung werden früher oder später auf die Preise der UMTS-Handys umgelegt. "Instalment der Bäckmeister um die Ecke einen neuen Ofen, dann rechnet er damit, dass er die Kosten über den Preis der Brötchen wieder verdienen kann" (Handelsblatt, 21.8.). Dabei ist es mit den horrenden Lizenzkosten noch gar nicht getan. Dazu kommen die Zinsen für die Verschuldung und weitere knapp zehn Milliarden Mark für den Aufbau der Netze. Ganz zu schweigen von den Geldern, die in Werbung und Marketing gesteckt werden.

Neben den mittelfristigen Kosten für die Gebühren kommen auf uns kurzfristige Kosten durch die Steuerausfälle in den Ländern und Kommunen zu. Durch die steuerliche Anerkennung der Lizenzkosten drohen Ausfälle bei der Gewerbesteuer von 10 Milliarden Mark. Auf die Länder kommen Verluste durch die Einbußen bei der Körperschafts-

steuer zu. Allein NRW geht von einem Minus in Höhe von 300 Millionen Mark jährlich aus.

Die Einnahmen von knapp 100 Milliarden Mark für den Bund (und geschätzte 4,5 Milliarden über die Zinsersparnis) betragen zwar mehr als alle Privatisierungserlöse der letzten Jahre zusammen. Doch angesichts der öffentlichen Verschuldung in Höhe von mehr als 2,3 Billionen Mark kann dieser Schuldenberg selbst durch die UMTS-Milliarden nur zum kleinen Teil abgetragen werden.

"Staat bedeutet Bürokratie, Fehlplanung, Ineffizienz." So haben die Kapitalisten ihre Rosinenpickerei der letzten Jahre gerechtfertigt. Es gibt aber gute Gründe dafür, warum Fernmeldewesen, Post oder Bahn auch im Westen lange staatlich waren. Die Investitionen zu ihrem Aufbau mitsamt der nötigen Infrastruktur waren so hoch, dass kein Unternehmer bereit war, sie zu finanzieren. So musste zum Beispiel der preußische Staat vor über hundert Jahren die Thurn- und Taxische Postverwaltung für drei Millionen Taler übernehmen, sonst wäre sie eingegangen.

UMTS verspricht viele Verbesserungen für die Verbraucher. Damit der technologische Fortschritt aber auch der arbeitenden Bevölkerung zu gute kommt, muss die Anarchie des Marktes durch eine demokratische Planwirtschaft ersetzt werden.

Aron Amm, Berlin

WM 2006: Tanz ums goldene Kalb

Als der Fußballweltverband entschied, dass Deutschland der Austragungsort für die Fußball-WM im Jahre 2006 sein soll, war die Freude groß: Da fiel der Kanzler dem "Kaiser" um den Hals, die Sponsoren wuschen sich bewegt die Freudentränen aus den Augen. Schließlich hatten sie einen Raum für möglich gehaltenen Erfolg erregt, was in sportlicher Hinsicht zuletzt selten der Fall war. Von Fairplay konnte dabei nicht die Rede sein.

Kurz vor Bekanntgabe der Entscheidung schien es sicher, dass die Vergabe an Südafrika in trockenen Tüchern sei. Es ist eine Folge der Kommerzialisierung des Sports, dass die Entscheidung für den größten Fußballverband der Welt für 20 Millionen Mark investierte der Verband in die Bewerbung. Dabei konnte er sich der geballten Unterstützung von DaimlerChrysler, Lufthansa, Bayer oder etwa der Deutschen Telekom sicher sein. Diese haben mit dem DFB lukrative Verträge abgeschlossen, ebenso wie Medienmogul Leo Kirch, der seine Senderrechte fürs Fernsehen in bares Geld umgemünzt sehen will.

Durch Umbau der Stadien und Ausbau der Infrastruktur werden die Baulöcher ihren Reibach machen. Die Expo zeigt, dass man den Versprechungen von neuen Jobs kein Vertrauen schenken soll-

te. Die Investitionen werden aus Steuermitteln der breiten Masse der Bevölkerung getragen. Allein die Renovierung des Berliner Olympiastadions wird auf 550 Millionen Mark veranschlagt.



Viele Fans, die sich darüber freuen, dass die WM vor ihrer Haustür stattfindet, werden bitter enttäuscht werden: Ersatz der Sitzplätze durch Sitzplätze, gepfefferte Eintrittspreise. Wie schon im alten Rom missbrauchten die Herrschenden den Sport, um von den eigentlichen Problemen abzulenken. So verkommt die sportliche Idee im Kapitalismus, der Sport wird zur reinen Ware.

Torsten Sting, Rostock

unser standpunkt Nazi-Gewalt Das Übel an der Wurzel packen

Die faschistische Bedrohung hat nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in Westdeutschland zugenommen. Weder Dortmund, wo ein ehemaliges DVU-Mitglied drei Polizisten erschoss, noch Ludwigshafen, wo Rechtsradikale Molotow-Cocktails in ein Flüchtlingsheim warfen, oder Düsseldorf liegen im Osten der BRD. Dennoch werden zwischen Rügen und Leipzig auf die Einwohnerzahl bezogen fünf- bis zehnmal soviele rechtsextreme Gewalttaten verübt wie in den alten Bundesländern.

In diesem Herbst jährt sich die kapitalistische Wiedervereinigung zum zehnten Mal. Nicht nur die Unternehmer und die bürgerlichen Parteien, selbst ein Andre Brie von der PDS führte die "DDR-Vergangenheit" mit ihrem "law-and-order"-Charakter als einen zentralen Grund für den Rechtsextremismus im Osten an (Berliner Zeitung, 7.8.). Damit lenkt auch Brie davon ab, welche soziale Krise die Einführung der Marktwirtschaft herbeigeführt hat. Gregor Gysi sieht einen Anlass zum Feiern und tritt sogar dafür ein, dass Helmut Kohl beim offiziellen "Festakt" am 3. Oktober in Dresden als Redner auftreten soll.

Soziale Probleme führen nicht automatisch zu Rassismus unter den Betroffenen. Soziale Probleme führen nur dazu, dass über eine radikale Veränderung nachgedacht wird. In Arbeitskämpfen oder in sozialen Bewegungen machen ArbeiterInnen und Jugendliche die Erfahrung, dass sie - unabhängig von der Nationalität - zusammenstehen müssen, um gegen den gemeinsamen Kontrahenten in Gestalt des Unternehmers oder Ministers anzukommen. Wenn auf der Linken keine politische Alternative angeboten wird, steigt jedoch die Gefahr, dass ein Teil der Betroffenen auf der Rechten nach einem Ausweg sucht. Die Rechtsextremen wurden stark ermutigt von einer Politik der Herrschenden, die in den letzten Jahren bewusst auf die rassistische Karte gesetzt hat, um von ihrer eigenen Verantwortung abzulenken.

Die PDS hat sich in Ostdeutschland unfähig gezeigt, die Interessen der Arbeiterklasse konsequent zu vertreten und der Jugend eine Perspektive zu geben. Da die PDS die Marktwirtschaft akzeptiert, akzeptiert sie auch die Folgen, die damit verbunden sind.

Führende PDS-Vertreter singen inzwischen sogar ein Loblied auf die kapitalistische Konkurrenz. Der mecklenburg-vorpommersche PDS-Vorsitzende und Schweriner Arbeitsminister Helmut Holter erklärt öffentlich, dass Unternehmer Anerkennung verdient hätten, "denn es handelt sich um Menschen mit dem Mut, Risiken zuzugehen" (FAZ, 21.8.). Ausgerechnet in Mecklenburg-Vorpommern kam es letztes Jahr nach Sachsen-Anhalt auf die Einwohnerzahl bezogen zu den meisten rechtsextremen Gewalttaten. Ausgerechnet in Sachsen-Anhalt konnte die DVU bei den jüngsten Landtagswahlen knapp 13 Prozent der Stimmen bekommen - nach vier Jahren von der PDS tolerierter rot-grüner Landesregierung.

Viele PDS-WählerInnen und Mitglieder engagieren sich vehement gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau. Dennoch konnten sie nicht verhindern, dass die Parteiführung in Schwerin Privatisierungen zustimmte oder in Magdeburg Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich mitrug.

Darum ist der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei dringlicher denn je - vor dem Hintergrund von steigender Nazi-Gewalt, zehn Jahren Deindustrialisierung in der Ex-DDR und zwei Jahren rot-grüner Bundesregierung, die sich in ihrer Halbzeit-Bilanz als willfährige Diener des Kapitals erweist. Aber beim Aufbau einer neuen Partei für die arbeitende Bevölkerung ist das Programm zentral. Die Entwicklung der PDS im real existierenden BRD-Kapitalismus hat gezeigt, dass es darauf ankommt, sich mit den Herrschenden kompromisslos anzulegen und das Ziel einer grundlegenden Gesellschaftsalternative aufrecht zu erhalten. Kein "law-and-order"-Regime wie in der DDR, sondern eine wirkliche sozialistische Demokratie. Deshalb tritt die SAV bei der Mobilisierung zur Demonstration gegen die NPD-Bundeszentrale dafür ein, den Kampf gegen Nazi-Gewalt mit dem Kampf gegen Sozialabbau zu verbinden und für ein System zu kämpfen, in dem niemand mehr ein Interesse daran haben kann, die arbeitende Bevölkerung zu spalten und gegeneinander auszuspielen, ein System, in dem Rassismus und Faschismus ein für alle mal der Boden entzogen sein wird.

SAV-Programm zur Rentenfrage

Von der geplanten Rentenreform der rot-grünen Bundesregierung sind alle Teile der Arbeiterklasse betroffen. Den jetzigen RentnerInnen drohen Realeinkommensverluste, den jetzigen Beschäftigten droht der Einstieg in die private Altersvorsorge. Darüber hinaus müssen sie mehr in die Rentenfinanzierung einzahlen, um im Alter nicht mehr, sondern weniger zu erhalten. Den Durchschnittsverdienenden würde eine Rente in Höhe des Sozialhilfeniveaus beschied werden. Schon heute müssen eine halbe Million Menschen um Sozialhilfe betteln, weil ihre Rente nicht ausreicht.

Die Rentenpläne zielen nicht auf eine Reform, sondern auf die Zerschlagung des Rentensystems ab. Mit der Teilprivatisierung der Altersvorsorge findet ein Wandel weg von der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente hin zur kapitalgedeckten privaten Rente statt. Die Rentenreform bedeutet nicht nur eine Entlastung der Unternehmer und eine Mehrbelastung der arbeitenden Bevölkerung. Die so genannte Reform eröffnet den Kapitalisten, vor allem den privaten Großbanken und Versicherungsgesellschaften neue Profitquellen in Milliardenhöhe.

Während Riester mit seinen Rentenplänen bis Ende dieses Jahrzehnts schätzungsweise 60 Milliarden Mark einsparen könnte, reiben sich die Finanzhüter angesichts des zu erwartenden Geldregens die Hände. Mit den künftigen Rentenbeiträgen, die die Beschäftigten aus eigener Tasche zu zahlen haben, werden die Banken und Versi-

cherungskonzerne keine fürsorgliche Altersfinanzierung planen, sondern auf unsere Kosten spekulieren. Wohin das führen kann, hat der Einbruch beim NASDAQ-Index, der US-Technologie-Börse, im Frühjahr gezeigt, als die Pensionsfonds in der Folge ein Viertel ihres Wertes verloren.

"Füher sind die Leute mit 35 Jahren fröhlich gestorben, heute jammern sie sich bis 80 durch". Diese Aussage stammt vom früheren Arbeitsminister Norbert Blum (CDU). Die höhere Lebenserwartung, eigentlich ein gesellschaftlicher Fortschritt, wird von den Bürgerlichen als gesellschaftliches Problem verkauft. Es ist nicht zu leugnen, dass die Geburtenraten sinken, während die Zahl der Rentner steigt. Entscheidend ist aber nicht die Frage, wieviele alte Menschen eine Gesellschaft hat, sondern wie produktiv sie ist und wie der erwirtschaftete Reichtum verwendet wird. Während im Jahr 1800 ein in der Landwirtschaft Beschäftigter noch 1,33 Personen ernähren musste, so kann er heute deren 40 ernähren - eine Erhöhung der Produktivität um den Faktor 30. Ebenso wie es in der Landwirtschaft in den letzten 200 Jahren dramatische Produktivitätssteigerungen gegeben hat, so gab es erst Recht im industriellen Bereich große Produktivitätssteigerungen. Welch ein Anstieg des Volkseinkommens erst möglich wäre, wenn die 8 Millionen Arbeitslosen und Unterbeschäftigten produktiv tätig sein könnten?

Wenn die Marktwirtschaft nicht in der Lage ist, allen Arbeitslosen sinnvolle Arbeit zu geben, dann spricht das nicht für Kürzungen bei Rente und Löhnen, sondern gegen die Marktwirtschaft.

→ Für die Verteidigung aller von uns erkämpften sozialen Rechte

→ Für die Verteidigung aller erreichten Standards bei der gesetzlichen und betrieblichen Altersvorsorge

→ Keine Beitragserhöhungen für die abhängig Beschäftigten

→ Nein zum Einstieg in die private Altersvorsorge

Die Rente ist kein Privileg, sondern ein soziales Grundrecht. Auch wenn die heutige paritätische Finanzierung schon eine Entlastung der Unternehmer bedeutet, muss jede weitere Verschlechterung entschieden abgelehnt werden.

→ Nein zu Altersarmut

→ Keine weitere Absenkung des Rentenniveaus

→ Für eine Rente von mindestens 75 Prozent des Nettoeinkommens

→ Eine garantierte staatliche Mindestrente von 2000 Mark für jede/n RentnerIn - in Ost und West

Die Abgeordneten im Bundestag stecken monatlich Einkünfte in Höhe von 12.875 Mark ein. Nach 18 Jahren Parlamentszugehörigkeit erhalten sie ab dem 55. Lebensjahr eine Altersversorgung, die 75 Prozent ihrer Diäten beinhaltet. Warum soll

Otto-Normalrentner ein niedriger Prozentsatz vom Einkommen zustehen als den Spitzenverdienern des Bundestages.

→ Recht auf vollen Rentenanspruch ab 55 Jahren

Mit der so genannten Altersrente an Stelle der Frühverrentung findet eine Umverteilung von der Rentenkasse zur Arbeitslosenversicherung und Umverteilung von der Rentenkasse auf die betroffenen älteren KollegInnen statt. Der volle Rentenanspruch ab 55 Jahren ist längst überfällig. Allerdings muss es auch die Möglichkeit geben, länger arbeiten zu dürfen, wenn das von KollegInnen gewünscht wird.

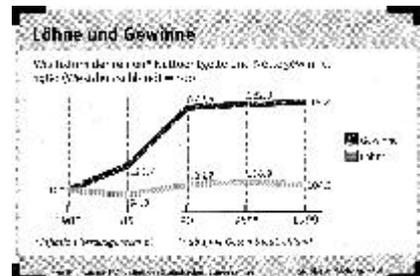
→ Keine Geschenke an die Unternehmer

→ Finanzierung der Rente über die Erträge der Großkonzerne

Ein Konzern wie DaimlerChrysler musste 1999 bei einem Rekordgewinn von 21,5 Milliarden DM keine Mark Ertragssteuern zahlen.

→ Rücknahme der Steuerreform

Während 1980 die Unternehmen noch im Durchschnitt mit 33,6 Prozent Steuern belastet wurden, waren es 1993 nur noch 18,3 Prozent. Die im Juli von SPD und Grünen im Bundestag beschlossene Steuerreform mit einem Volumen von 50 Milliarden Mark markiert einen weiteren großen Wurf in Sachen



Steuergeschenke an das Kapital.

→ Öffnung der Geschäftsbücher

→ Überführung der Versicherungsgesellschaften und Banken in Gemeineigentum

Die großen Versicherungsgesellschaften haben sich in den letzten Jahren auf unsere Kosten eine goldene Nase verdient. Die Allianz-Versicherung erzielte 1999 einen Überschuss in Höhe von 4,3 Milliarden Mark, die Münchener Rück-Gruppe brachte es auf 2,2 Milliarden. Entschädigung darf nur bei erwiesener Bedürftigkeit gezahlt werden.

→ Verteilung der vorhandenen und gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle

→ Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich

Auf der einen Seite Massenarbeitslosigkeit, auf der anderen Seite Arbeitsetze, Stress und Überstunden. Das ist kapitalistisches Chaos.

→ Rücknahme aller sozialen Kürzungen unter der rot-grünen Bundesregierung

→ Drastische Kürzungen der Militärausgaben

→ Für ein staatliches Beschäftigungsprogramm in den Bereichen Bildung, Soziales und Umweltschutz

→ Schluss mit der Profitwirtschaft

Brauchen wir etwa nicht gute und billige Wohnungen, weitere Kindergärten, Altenheime und soziale Einrichtungen?

Die SAV kämpft für eine sozialistische Gesellschaft, in der die Wirtschaft im Interesse der großen Mehrheit - im Einklang mit der Natur - demokratisch geplant wird.

Die ausführliche Stellungnahme der SAV zu Schröders Rentenreform, die auch eine Kampfstrategie beinhaltet, kann bei der Redaktion angefordert werden

Profit = Gift

Nahrungsmittelproduktion vergesellschaften

Ist in dieser Dose garantiert kein Gen-Mais? Ist dieses Ei mit dem Stempel „Freilandhaltung“ wirklich von frei laufenden Hühnern? Wer kann das sicher wissen? Das elementare Recht, selbst bestimmen zu können was wir essen wollen und was nicht, wird uns Tag für Tag von der Nahrungsmittelindustrie verweigert. Stattdessen werden wir belogen und betrogen.

Georg Kümmel, Köln

Die Stiftung Warentest prüfte unlängst 82 ausgesuchte Lebensmittel und fand in 31 gentechnisch veränderten Mais oder Soja, also in fast 40 Prozent. Ein entsprechender Hinweis auf der Verpackung fehlte in sämtlichen Fällen. Wer sicher gehen will, sich ohne Gentechnik zu ernähren, dem bliebe bei derzeitigen Stand der Dinge als einzige Möglichkeit, zum mittelalterlichen, selbstversorgenden Ackerbauern zurückzukehren. Seit Anfang April gilt nämlich eine Verordnung, nach der Lebensmittel nur dann besonders gekennzeichnet werden müssen, wenn der Anteil an gentechnisch veränderter Substanz über einem Prozent liegt. Auch wer Lebensmittel mit künstlichen Zusätzen meiden möchte, hat keine Chance. Viele Zusatzstoffe brauchen gar nicht

ausgewiesen werden. Einige Beispiele: Unverpackte Ware ist weitgehend von der Deklaration freigestellt. Wer ein Brötchen kauft, erfährt nicht, ob bei der Herstellung „Mono- und Diglyceride von Speisefettsäuren verestert mit Monoacetyl- und Diacetylweinsäure (E472e)“ eingesetzt wurde. „In Kantinen und Restaurants muss die Mehrzahl der in Speisen enthaltenen Zusatzstoffe ebenfalls nicht gekennzeichnet werden. Das Schildchen „mit Konservierungsstoff Benzolsäure“ täuscht den Kunden darüber hinweg, dass praktisch alle Zusätze verschwiegen werden“, schreibt die Zeitschrift ÖKOTEST in ihrer August-Ausgabe. Weiter wird darauf hingewiesen, dass Zusatzstoffe, die im fertigen Produkt zwar vorhanden sind, aber keine sogenannte technologische Funktion ausüben, nicht deklariert werden müssen. Ein Joghurt, dessen Fruchtzubereitung mit Konservierungsstoffen haltbar gemacht wurde, darf trotzdem die Aufschrift „ohne Zusatz von Konservierungsstoffen“ tragen. Enzyme werden in aller Regel nicht deklariert. Darüber hinaus sind alle Enzyme grundsätzlich zugelassen, ohne jede Prüfung. Die pauschale Zulassung erstreckt sich auch auf Enzyme, die derzeit noch gar nicht entdeckt sind. Enzyme

werden überwiegend aus gentechnisch bearbeiteten Mikroorganismen gewonnen.

Was tun?

Obwohl wir also gar nicht wissen können was uns da aufgetischt wird, hören wir immer wieder, der Verbraucher habe es ja durch sein Kaufverhalten in der Hand, welche Nahrungsmittel hergestellt würden und welche nicht. Nach dieser Argumentation wäre der Verbraucher schuld an der Käfighaltung von Legehennen. Bleiben wir bei diesem Beispiel. Woher soll der Einzelne denn wissen, woher das Ei vor ihm auf dem Frühstückstisch stammt? Private Wirtschaft ist Profit-Wirtschaft. Und was ist leichter, als ein Käfighennen-Ei mit dem Stempel „Freiland“ zu versehen? „Das muss man eben kontrollieren“ hören wir. Und wie soll das konkret aussehen? Sollen sich 30 Millionen Eier-Käufer in ihr Auto setzen und kreuz und quer durch Deutschland zu den Hühnerfarmen fahren und nachsehen, ob jedes Öko-Ei auch öko ist? Wieder zu Hause müssten sie sich ja erneut auf den Weg machen, denn die Eierproduzenten sind ja sonst unbeobachtet und könnten die Gelegenheit nutzen, um stinknormale Käfig-Eier für teures Geld als „Freiland-Produkt“ unterzu-



Dieses Warnschild ist nur realistisch. Die gentechnische Manipulation löst nicht die Ernährungsprobleme der Welt, sondern setzt nicht kalkulierbare Risiken frei.

beln. Und woher soll der Einzelne wiederum wissen, was der Hühnerhalter selbst seinen Freiland-Hühnern ins Futter mischt? Man sieht, das einzelne Verbraucher kann das Problem nicht lösen.

300 Zusatzstoffe

„Dann müssen eben andere Vorschriften her“ mögen manche einwenden. Aber es gibt natürlich heute schon Vorschriften. Angenommen, sämtliche Zusatzstoffe müssten dem Verbraucher bekannt gegeben werden. ÖKOTEST listet 30 Zusätze ohne E-Nummer und 273 Zusatzstoffe mit einer E-Nummer auf, von E 100 (Kurkumin) bis E 1505 (Triethylcitrat). Soll jetzt jeder diese Nummern, die Bezeichnung des Stoffes und seine mögliche Wirkung auswendiglernen?

Nein, der Verbraucher ist als Verbraucher weitgehend machtlos. Zumal er Konzernen gegenüber, deren einziges Bestreben es ist – und im Kapitalismus sein muss – mit dem Verkauf von Lebensmitteln maximalen Profit zu erzielen. Für sie sind das deshalb keine „Lebens“- sondern Profitmittel. Die Konzerne beeinflussen deshalb mit viel Geld Politiker und Medien in ihrem Sinne. Sogenannte „unabhängige Experten“, in Wahrheit bezahlt von Multis wie dem Agro-Konzern Monsanto, füttern die Presse mit vermeintlich wissenschaftlichen Studien über die angebliche Unbedenklichkeit von gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln.

Profitprinzip abschaffen

Es gibt aber Menschen, die wissen woher die Lebensmittel und die Zusatzstoffe stammen, wie sie produziert wurden, ob sie alle deklariert werden. Diese Menschen sind die Beschäftigten der Lebensmittelindustrie.

Die Chemikerin weiß, welche Stoffe sie der Fertigpizza zusetzen soll und der LKW-Fahrer weiß, wo welche Vorprodukte herkommen. Sie haben wie alle anderen ein Interesse an gesunder Nahrung. Einzeln sind sie natürlich ebenfalls machtlos. Über das was und wie der Produktion entscheiden heute die Vorstände. Die sind dem Profit oder „shareholder value“ verpflichtet.

Und da liegt die Lösung: Nahrungsmittel dürfen nicht für den Profit produziert werden. Die Nahrungsmittelindustrie samt privatwirtschaftlicher Forschung muss in Gemeineigentum überführt werden. Damit würde das Motiv, Gift in die Nahrungsmittel zu mischen, entfallen. Die Beschäftigten könnten ihr Wissen und ihre Erfahrung einsetzen, um für die Bevölkerung (und für sich) Lebensmittel herzustellen, die diesen Namen verdienen.

- ⇒ Sofortiger Stopp der Herstellung und Verbreitung gentechnisch veränderter Nahrungsmittel
- ⇒ Artgerechte Haltung statt Massentierhaltung
- ⇒ Forschung mit dem Ziel, den Einsatz giftiger Pflanzenschutzmittel und Lebensmittel-Zusatzstoffe zu vermeiden
- ⇒ Überführung der Lebensmittelkonzerne und der gewerblichen Tierzuchtbetriebe in öffentliches Eigentum
- ⇒ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch gewählte VertreterInnen von Beschäftigten, Verbraucherverbänden
- ⇒ Demokratische Planung der Herstellung von Lebensmitteln zum Wohle von Mensch und Umwelt



Rund 30.000 Tonnen Pflanzengifte (Pestizide) werden jährlich in Deutschland ausgebracht. Sie vergiften die Böden und gefährden das Grundwasser.

Brand in der Berliner U-Bahn

Wie Privatisierung zur Todesfalle wird

„Bei einer Mitarbeiterreduzierung um fast die Hälfte und gleichbleibender Kilometerzahl konnte das Verkehrsunternehmen die Produktivität pro Mitarbeiter um 70 Prozent steigern. Diese Erfolgsstatistik sichert dem Unternehmen in der deutschen Wirtschaft einen Platz ganz oben in der Spitzengruppe der erfolgreichen Sanierungsfälle.“ (Aus einer Broschüre der Berliner Verkehrsbetriebe, BVG).

Holger Dröge, Berlin

Wie es in der Realität aussieht konnten die NutzerInnen der BVG am 8. Juli merken: Eine U-Bahn brannte aus, (bereits der dritte U-Bahn-Brand in diesem Jahr), 31 Menschen wurden verletzt. Es wurde allgemein als großes Glück bezeichnet, dass

niemand ums Leben kam. Der Brand offenbarte die Folgen von Privatisierung und Personalabbau bei der BVG.

Der Brand wurde nicht durch einen Angestellten der BVG gemeldet, wie man es erwartet hätte, sondern durch einen Kioskbesitzer. Der Grund: Die BVG setzt auf den meisten Stationen keine Mitarbeiter mehr ein, selbst bei Großereignissen wie bei der Love-Parade an eben diesem 8. Juli.

Zu wenig Personal

Es gibt zwar Überwachungskameras, doch die Mitarbeiter, die sie überwachen, haben zu viel tun. Beim Brand entgingen die Fahrgäste nur knapp einer möglichen Katastrophe. Die Lautsprecher für Notfallsdurchsagen funktionierten nicht. Ein Zeuge: „Uns

hat niemand gesagt, wohin wir laufen sollen, um ins Freie zu kommen. Die Leute irren panisch hin und her.“

Die Fahrgäste konnten die Station nicht über den regulären Ausgang verlassen, es gibt nämlich nur einen und der war völlig verqualmt. Notausgänge gibt es nur in den Tunneln und die sind schmal und steil. Für alte oder behinderte Menschen schwer möglich da raus zu kommen. Die meisten Fahrgäste versuchten über die Gleise die nächste U-Bahn-Station zu erreichen. Das war nicht ganz ungefährlich, denn dort verläuft die Stromversorgung der U-Bahn, und lange Zeit war nicht klar, ob diese ausgeschaltet wurde.

Fahrschein oder tot?

Konnten bei diesem Brand die

Fahrgäste noch fliehen, wird sich das in Zukunft möglicherweise ändern. Die BVG hat sich den Kampf gegen Schwarzfahrer auf die Fahnen geschrieben. Für 125 bis 140 Millionen DM soll ein „geschlossenes System“ installiert werden. Alle Eingänge sollen mit Türen oder Drehkreuze versehen werden, wie zum Beispiel in London oder Paris. Nur wer einen Fahrschein hat soll die Station betreten, aber eben auch verlassen können; vorausgesetzt man hat im Brandfall vor lauter Panik nicht vergessen, wo man seinen Fahrschein hat.

Seitens der BVG heißt es, dass es an den Zugängen Personal geben wird, das die Sperren im Notfall öffnen würde. Doch selbst für das heutige Konzept, das eine „Präsenzkraft“ für

mehrere Stationen vorsieht, gibt es nicht genug Personal. Wären die Stationen bereits beim Brand mit Sperren versehen gewesen, die Panik wäre ungleich größer gewesen.

Den Bonzen und Politikern können solche Dinge ja egal sein, sie lassen sich in Dienstwagen durch die Gegend kutschieren, doch uns als NutzerInnen des Nahverkehrs sind solche Fragen wichtig. Die SAV setzt sich für die Rücknahme der Privatisierung und für den massiven Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in Form von Personal und Angebot ein. Wir fordern die Einführung des Nulltarifs in allen öffentlichen Verkehrsmitteln. Statt Fahrgäste zu jagen könnten ehemalige Kontrollreue Fahrgästen helfen.

Ihr da oben ...



B wie blöd

Oberbürgermeisterwahlkampf in Köln. Offensichtlich verzweifelt hat die Kölner SPD nach einem Argument gesucht, warum man ausgerechnet ihrer Kandidatin, Anke Brunn, seine Stimme geben sollte. Das Ergebnis: Weil deren Nachname mit B anfängt. Denn: „Kölner Oberbürgermeister fangen mit B an: Burauen, Burger, Blum, Brunn“, stand auf den SPD-Wahlplakaten zu lesen. Und es kam wirklich nur auf das „B“, an denn Blum war in dieser Reihe schließlich Mitglied der CDU. Leider war das einzige „Argument“ der SPD nicht einmal eines. Die Oberbürgermeister der Nachkriegszeit hießen Adenauer, Suth, Pünder, Schwing, Göringer, Burauen, van Nes Ziegler, Burger, Blum. Dazu fällt uns nur der Spruch auf einem Transparent der 68er Bewegung ein: „Diese Idioten regieren uns“.

Kapitalismus in Zahlen

Aus Mangel an Gesundheitsfürsorge, Hygiene und Nahrung sterben elf Millionen Kinder jährlich an Durchfall. (Unicef-Jahresbericht. in Kölner Stadtanzeiger 12.7.)

Berater

Es war einmal ein Schäfer, der seine Schafe am Straßeneck hütete. Da kommt ein Jeep Grand Cherokee vorbei, mit einem jungen Mann an Steuer. Hugo-Boss-Hemd an und mit allem ausgestattet, worauf er Anrecht hat. Der Cherokee stoppt, und der junge Mann sagt zum Schäfer: „Wenn ich errate, wie viele Schafe Du hütest, bekomme ich dann eins?“ Der Schäfer blickt sich den Jüngling, dann seine vielen Schafe, die in der Sonne weiden und sagt: „Ja.“ Der Jüngling geht zurück zum Wagen, holt seinen Laptop hervor, stellt eine Verbindung zur Website mit NASA-Satellitenfotos her, wählt eine Karte aus, erzeugt eine Datenbank, rechnet und erstellt dann einen Bericht von 150 Seiten, den er mit seinem Hi-Tech-Minidrukker ausdrückt. Schließlich dreht er sich zum Schäfer um: „Sie haben 1384 Schafe hier!“ Der Schäfer antwortet: „Stimmt genau, nehmen Sie sich Ihr Schaf.“ Der Jüngling sucht sich ein Tier aus, lädt es hinten in seinen Cherokee. Da sagt der Schäfer: „Wenn ich Ihren Beruf errate, geben Sie mir mein Tier zurück?“ „Ja, sicherlich.“ Der Schäfer sagt ohne zu zögern: „Sie sind Unternehmensberater, nicht?“ „Wie haben Sie das erraten?“, fragt der Jüngling. „Ganz einfach“, antwortet der Schäfer: „1. Sie sind ungerufen hier erschienen, 2. Sie lassen sich für etwas bezahlen, was ich schon wusste, und 3. Sie verstehen nichts von meinem Geschäft; denn das Tier, das Sie eingeladen haben, ist mein Hund.“



...wir hier unten

Gewerkschaften in die Offensive gegen Schröder



DGB-Plakat von 1998. Damals haben die Gewerkschaften Millionen zur Unterstützung des SPD-Wahlkampfes aus. Wo bleibt jetzt die Kampagne gegen die Regierung, um die Forderungen durchzusetzen?

Gegen das Sparpaket der Kohl-Regierung hatten die Gewerkschaften am 15. Juni 1996 500.000 nach Bonn mobilisiert. Die Schröder-Regierung hat im Herbst 1999 ein 30-Milliarden-Sparpaket auf Kosten der Arbeitslosen, Rentner und abhängig Beschäftigten beschlossen. Die privaten Haushalte müssen jährlich 1,2 Milliarden Mark mehr für die „Okosteuer“ bezahlen, als sie über die daraus finanzierte Senkung der Rentenbeiträge zurückbekommen. Die Gesundheitsreform der rot-grünen Regierung ist ein Angriff auf Gesundheit und Existenz der Beschäftigten in den Krankenhäusern und die medizinische Versorgung der Masse der Bevölkerung. Riester überholt mit seiner Reform noch die Kohl-Regierung in Sachen Rentenklau.

Ursel Beck, Köln

Aber die Gewerkschaften sind weit davon entfernt, eine bundesweite gemeinsame Demo gegen diese arbeitnehmerfeindliche Politik zu organisieren, geschweige denn zu politischen Streiks aufzurufen.

Das ist kein Zufall. In allen wichtigen Fragen folgt die Gewerkschaftsspitze den kapitalistischen Sachzwängen des verschärften internationalen Konkurrenzkampfes und der Politik des Neoliberalismus. Dabei hätte die Arbeiterklasse kämpferische Gewerkschaften heute nötiger denn je, um sich gegen Arbeitsplatzvernichtung, Lohnraub, Sozialabbau und nicht zuletzt gegen Neonazis zur Wehr zu setzen.

Kampfbereitschaft

Die Abwahl der Kohl-Regierung im September 1998 war eine Absage der Mehrheit der Wähler an eine Politik zugunsten der Reichen. Und die Bereitschaft für die eigenen Interessen zu kämpfen ist nach wie vor vorhanden. Die Kampfbereitschaft ist sogar gestiegen. Das wurde bei jeder gewerkschaftlichen Mobilisierung deutlich: hohe Beteiligung bei Warnstreiks, zweimal gingen 1999 Zehntausende von Krankenhausbeschäftigten gegen die rot-grüne Gesundheitsreform auf die Straße, Postler protestierten bundesweit gegen die Schließung von Postämtern, 50.000 Beamte demonstrierten im Herbst 1999 in Berlin gegen Reallohnabbau. In Berlin und in Hamburg streikten vor kurzem angestellte und verbeamtete Lehrer. Am bislang größten

Bankenstreik beteiligten sich 1999 bundesweit 20.000 Beschäftigte. Holzmann-Beschäftigte protestierten im Bankenviertel für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Bei Opel Bochum, VW und in anderen Betrieben gab es kurzfristige Arbeitsniederlegungen. Einige Belegschaften besetzten ihre Betriebe zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze, darunter Alcatel in Berlin.

Blockade der Gewerkschaftsführung

Die Kampfbereitschaft der Gewerkschaftsmitglieder wird von der eigenen Führung blockiert. Wenn sie Kämpfe abzulassen oder als Druckmittel für einen faulen Kompromiss. In Kanzler-Runden, Bündnis-Gesprächen und Pressemitteilungen gibt die Gewerkschaftsspitze soziale Standards und gewerkschaftliche Grundsätze preis. So geschehen durch die Festlegung von Lohnleitlinien für die Tarifrunde 2000 in einer Bündnisvereinbarung mit Unternehmen und Regierung. So geschehen im Vorstoß des DGB-Vorsitzenden für die 50-Stunden-Woche. Nichts liegt den heutigen Spitzenfunktionären ferner, als die Gewerkschaften als Organisation zu sehen und aufzubauen, in denen die Mitglieder demokratisch ihre eigenen Interessen formulieren und dafür kämpfen, Vertrauen in ihre eigene Stärke aufbauen, Klassenbewusstsein und antikapitalistisches Bewusstsein entwickeln. Die heutigen Gewerkschaftsführer und viele Betriebsräte haben sich mit der Diktatur des Marktes und der Unternehmerschaft ausgesöhnt. Sie sind zu Co-Managern geworden. Ihre eigene privilegierte Lage gibt ihnen keinen Anlass, das System in Frage zu stellen. Sie sind genauso wie die SPD-Führung verbürgerlicht. Sie betrachten die Gewerkschaften als Karriereagenturen. Im Falle von Riester war der IGM-Hauptvorstand Sprungbrett für den Ministersessel und diesen nutzt er für den Angriff auf die Renten.

Innengewerkschaftliche Opposition

Die Krise der Gewerkschaften, die Ausverkaufspolitik ihrer Führung, deren Passivität und ideologische Kapitulation kann nur von unten überwunden werden. In allen Gewerkschaftsleitungen muss Druck ausgeübt werden, damit gegen die Angriffe der Schröder-Regierung und der Unternehmer der Wider-

stand organisiert wird. Die Gewerkschaften müssen aus dem Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit mit den Arbeitsplatzvernichtern aussteigen. Der Schröder-Regierung muss von den Gewerkschaften so eingeheizt werden, dass sie es nicht wagt auch nur einen Punkt von Riesters Rentenangriff zu verabschieden. Eine bundesweite Demo wäre dafür ein erster Schritt. Wenn dieser Protest nicht ausreicht, muss der politische Streik folgen. Nachdem bereits jetzt klar ist, dass die diesjährige Lohnrunde eine reale Minusrunde ist, muss die Diskussion über Nachschlagsforderungen begonnen und wo möglich zur Durchsetzung höherer Löhne wilde Streiks initiiert werden.

Damit die Gewerkschaften echte Kampforganisationen werden, brauchen sie ein klassenkämpferisches Programm und

eine Führung, die sich voll und ganz für die Interessen der Masse der Mitglieder einsetzt und keine Privilegien genießt.

Darüber hinaus braucht eine kämpferische Gewerkschaft als politisches Rückgrat eine Arbeiterpartei, die im Gegensatz zur Ideologie und Politik der herrschenden Klasse steht und eine Systemalternative im Interesse der arbeitenden Menschen vertritt, sprich den Kampf für Sozialismus wieder auf die Tagesordnung setzt. Die SPD ist verbürgerlicht. Bei der PDS spielt Sozialismus nur noch im Parteinamen eine Rolle. Neben dem Aufbau einer innergewerkschaftlichen Opposition, stellt sich demnach für kämpferische und kritische ArbeiterInnen, Gewerkschaftsaktivisten und Jugendliche die Aufgabe, eine neue Arbeiterpartei aufzubauen.

Dafür kämpft die SAV

- Konsequenter Widerstand gegen Arbeitsplatzabbau, Lohnraub, Privatisierung, Rentenklau und Sozialabbau.
- Schluss mit der Zusammenarbeit von Gewerkschaftsführung mit Unternehmen und Regierung – raus aus dem Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit.
- Organisation einer bundesweiten DGB-Demonstration in Berlin als ersten Schritt im Kampf gegen Riesters Rentenreform und Schröders Politik für Banken und Millionäre. Wenn die Gewerkschaftsführung eine solche Demo nicht organisiert, sollte die Gewerkschaftslinken zusammen mit Euromarschbündnis, Erwerbslosen-Gruppen und anderen Initiativen mobilisieren.
- Kampf für einen Nachschlag zur Erhöhung der Tariflöhne.
- Kampf für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Mobilisierung gegen Nazi-Aktivitäten und Aufbau eines Selbstschutzes gegen Nazi-Übergriffe.
- Wählbarkeit und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre.
- Begrenzung der Einkommen von hauptamtlichen Funktionären auf das Durchschnittseinkommen der in der Gewerkschaft organisierten Mitglieder.
- Demokratisierung der Gewerkschaften. Nein zu ver.di und anderen bürokratischen Fusionen. Nein zur Umwandlung der Gewerkschaften in Service-Betriebe.
- Aufbau einer organisierten innergewerkschaftlichen Opposition und einer politischen und personellen Alternative zur heutigen Gewerkschaftsführung.

Lehrerstreik in Hamburg

Am 6. Juli legten in Hamburg über 2000 Lehrerinnen und Lehrer um Punkt 12 Uhr die Arbeit nieder. Dies war der erste Lehrerstreik in Hamburg seit 1988. Aufgerufen dazu hatte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Sylla Kahl, Hamburg, GEW-Mitglied

Mit dieser Maßnahme protestierten die LehrerInnen gegen die neuesten „Sparschweineereien“ des Hamburger Senats. Zum 1. August sollte in Hamburg die Altersermäßigung gestrichen werden. Bisher konnten LehrerInnen ab 55 Jahren eine und ab 60 Jahren zwei Stunden pro Woche weniger unterrichten. Der Senat hofft sich davon eine Einsparung von 192 Stellen.

Das wäre bereits für sich genommen Grund genug gewesen auf die Straße zu gehen. Doch die Hamburger Schulen sind bereits seit Jahren beliebtes Ziel für Sparmaßnahmen aller Art. Allein in den letzten sechs Jahren wurden über 2000 Lehrerstellen gestrichen. Im beginnenden Schuljahr nimmt die Zahl der Lehrer um weitere 121 ab, während die Zahl der Schüler um 745 zunimmt. Laut GEW sollen in den kommenden drei Jahren weitere 600 Stellen eingespart werden.

Auch die Schulbehörde war



In Hamburg beteiligen sich die SAV-Mitglieder an der Universität am „Aktionskomitee gegen Bildungsklau“. Auf der Kundgebung der streikenden Lehrer am 6. Juli verteilten sowohl das Aktionskomitee als auch die SAV Solidaritätserklärungen.

sich vor dem Streik offensichtlich der Stimmung unter den LehrerInnen bewusst, denn sie drohte der GEW mit einem Zwangsgeld von 50.000 Mark, sollte der Streikaufbruch aufrechterhalten werden. Doch die GEW ließ sich



Erfolgreicher Streik bei ALDI in Dublin

Von Anfang Juni bis Mitte August gab es bei ALDI in Irland einen Streik. In einer ALDI-Filiale in Dublin waren sechs Beschäftigte entlassen worden. Sie hatten auf die Einhaltung ihrer Arbeitsverträge, die volle Bezahlung der von ihnen geleisteten Arbeitszeit und ihr verfassungsmäßiges Recht auf Gewerkschaftsmitgliedschaft bestanden.

Durch eine großartige Öffentlichkeitskampagne der Streikenden und eines Streik-Unterstützungskomitees wurde ALDI schließlich in die Knie gezwungen. Für den 19. August war ein internationaler Protesttag vor ALDI-Filialen in verschiedenen europäischen Ländern geplant, an dem SAV-Mitglieder und Mitglieder verschiedener Sektionen des Komitees für eine Arbeiterinternationale eine aktive Rolle spielten. Einen Tag zuvor gab ALDI nach. Den sechs Entlassenen wurde Wiedereinstellung angeboten, ihr Recht, sich einer Gewerkschaft anzuschließen, wurde anerkannt. Die sechs haben dieses Angebot nicht angenommen, da sie nach fast drei Monaten, in denen die Streikbrecher jeden Morgen an ihrem Streikposten vorbeigingen, nicht mehr in dem Unternehmen arbeiten wollten. ALDI musste daher das Zugeständnis machen, die sechs jungen Leute

ungerechtfertigt entlassen zu haben. Die ALDI-Manager unterschrieben ein Papier, in dem sie das Recht auf gewerkschaftliche Organisation anerkennen. Dass in der Endphase Manager aus Deutschland die Verhandlungen führten, zeigt dass die ALDI-Bosse den Kampf in Dublin und dessen internationalen Konsequenzen ernst nahmen und um ihren Ruf fürchteten.

Marina Cirillo, 20 Jahre, eine der Streikenden, erklärte gegenüber VORAN, warum die sechs Arbeiter es mit einem multinationalen Konzern aufgenommen haben.

„Entlassen, weil wir der Gewerkschaft beitrugen – das ist der Slogan, den wir seit 12 Wochen auf der Straße rufen. Weil wir schlechte Arbeitsbedingungen hatten, traten wir einer Gewerkschaft bei. Wir waren Verkäuferinnen – aber wir mussten die Toiletten und den Boden putzen. Es gab Videokameras und Mikrofone, die unsere Gespräche aufzeichneten. Es gab keine Stempeluhr, nur der Manager konnte sagen, wann man da war oder nicht. ALDI fragte alle Arbeiter individuell, ob sie Gewerkschaftsmitglied sind. Binnen 24 Stunden wurden zwei Gewerkschaftsmitglieder entlassen und drei andere suspendiert. Später wurden diese drei auch entlassen.“

Gewerkschaftliche Opposition

SAV-UnterstützerInnen beteiligen sich aktiv am Aufbau des Netzwerk für eine kämpferische und demokratische OTV und an der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken.

Im Herbst finden zwei bundesweite Treffen statt: Die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken trifft sich am 27./28. 10. in Frankfurt. Infos über Heinz-Günter Lang, Tel. 06257-1468

Das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische OTV veranstaltet am 25. 11. in Kassel sein nächstes bundesweites Treffen. Infos über: Steffi Nitschke, Tel. 0561-899764, email: netzwerk_kdoetv@gmx.de

davon nicht einschüchtern. Es wurden insgesamt drei Zwangsgelder in Höhe von 150.000 Mark verhängt und die Schulbehörde ließ zwischenzeitlich die Konten der GEW sperren. Dieser Streik war nicht der erste

Widerstand gegen Bildungsabbau in Hamburg. Bereits vor zwei Jahren gab es eine Großdemonstration mit 80.000 Schülern und Lehrern. Er wird sicherlich auch nicht die letzte Aktion gewesen sein.

Faschismus ist keine Meinung ...

JRE – Rostock Worte und Taten

Ende Februar startete JRE-Rostock die Kampagne: „Gegen rassistische Propaganda“. Wir entdeckten einen Zeitungsladen in Toitenwinkel, der die „National-Zeitung“ der DVU und die „Deutsche Stimme“ der NPD verkaufte. Mit dieser Kampagne wollten wir aufzeigen, dass diese Zeitungen „geistige Brandstifter“ sind. In diesen Schmierblättern wird offen zu Gewalt aufgerufen, der Holocaust gelehrt und ausländische Familien als „türkische Sippen“ bezeichnet. Im Zuge der Kampagne wirbelten wir soviele Staub auf, dass die Medien mehr als ein Dutzend mal darüber berichteten. Außerdem musste die Besitzerin des Ladens (Cityblick), Nicole Levenin, öffentlich erklären, die Nazi-Blätter aus ihrem Sortiment zu nehmen.

Höhepunkt der Kampagne sollte eine Aktion am 4. August vor dem Zeitungsladen sein. Und es wurde einer – allerdings der etwas anderen Art. Denn es trat genau das ein, was wir mit dieser Kampagne aufzeigen wollten. Während unserer Aktion, auf der 15 JRE- und SAV-Mitglieder waren, bog eine Horde von 40 Glätzen um die Ecke, die sogleich begann rumzupöbeln. JRE-Material zu zerstören und Leute von uns sowohl verbal als



auch tätlich anzugreifen. Die Faschos trugen offen verbotene Embleme und Waffen. Es handelte sich nicht um „Suffis“, sondern in „Freien Kameradschaften“ organisierte Nazis.

Die zu unserem „Schutz“ anwesende Polizei bestand aus 2 (haha) Leuten, die wahrscheinlich mehr Schiss hatten, als wir. Die sofort angeforderte Verstärkung ließ eine halbe Stunde auf sich warten; dann traten die Faschos aber sofort den Rückzug an.

Das Ergebnis: 36 verhaftete Nazis, davon 21 einschlägig bei der Bullerei bekannt. Auch, wenn die Aktion nicht so gelaufen ist, wie wir es uns vorgestellt hatten, führte der Tag dazu, dass sich alle JRElerInnen sagten: „Jetzt müssen wir erst recht gegen Nazis aktiv werden“. Außerdem haben wir mit der Kampagne insgesamt erreicht, dass die Nazi-Zeitungen derzeit nicht mehr in dem Laden verkauft werden. ■



Siegen Keine Nazis in unserer Kneipe

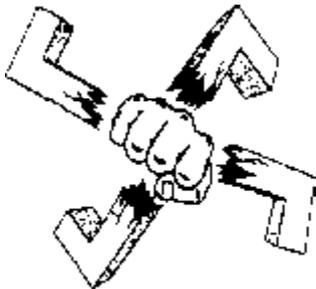
Eine gemeinsame Kampagne der Siegener SAV und Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) geht nun in die zweite Runde.

Bereits im Frühjahr hatten wir in Siegen begonnen, gegen eine Kneipe mobil zu machen, in der sich regelmäßig Anhänger einer der gefährlichsten Neonazi-Gruppierungen von NRW versammelten. Mit zahlreichen Protestaktionen konnten wir in der Öffentlichkeit auf das Treffen der sogenannte Sauerländer Aktionsfront (SAF) in der Kneipe „Bürgerstübchen“ aufmerksam machen. Zwar sind die Faschos, unter der Rückenbedeckung des Wirtes, noch nicht aus der Kneipe verschwunden, jedoch haben bereits zahlreiche Menschen ihren Unmut gegen diese Versammlungen zum Ausdruck gebracht. Eines war nämlich für alle klar: Wer wie die SAF dafür einsteht, demokratische Rechte zu zerschlagen, dem soll auch kein solches Recht und damit auch kein Raum im öffentlichen Kneipenleben gewährt werden.

Mehr als 300 Menschen demonstrierten mit uns gegen die Nazi-Treffen. Zahlreiche Jugendliche beteiligten sich an unseren Protestaktionen. Ferner sammelten wir mehrere hundert Unterschriften unter dem Motto „Kein Bier für Nazis“, mit denen wir die Krombacher Brauerei als Pächterin des „Bürgerstübchens“ aufforderten, durch eine Zusatzklausel in allen ihren Pacht- und Lieferverträgen, Versammlungen von Rechten zu unterbinden. Bei einer früheren Aktion gegen einen anderen Nazi-Treffpunkt waren wir damit bereits erfolgreich gewesen.

Unsere Kampagne konnte darüber hinaus auch einen weiteren Erfolg verbuchen. Ein Wirt, in dessen Lokal sich eine Gruppe von Nazis niederlassen wollte, setzte diese mit dem Verweis auf unsere Demonstration, die am selben Tag stattgefunden hatte, gleich wieder vor die Tür.

Um den Faschos zu zeigen, dass nicht nur dieser Wirt so denkt, haben wir jetzt eine



„Bunt statt Braun“ Von Blumentöpfen und anderen Peinlichkeiten

„Rudolf Heß - Märtyrer des Friedens“ war auf insgesamt 250 Faschoplakaten in ganz Rostock zu lesen. Anlässlich des Todesages des Hitler-Stellvertreters wollten die Nazis am 19. August in Rostock aufmarschieren. Aber nicht nur das war der Grund, sondern auch die auf den Tag genau – acht Jahre zurückliegenden Brandanschläge auf das Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen.

Wie schon in den vergangenen Jahren wurde auch hier wieder das Bündnis „Bunt statt Braun“ ins Leben gerufen. Mit allem, was keinen Rang und keinen Namen hat, mussten wir endlose Bündnistreffen über uns ergehen lassen. JRE und SAV forderten natürlich, eine Gegendemo auf der Naziroute anzumelden. Aber die „radikalen“ Teile des Bündnisses (PDS, Gewerkschaften, Bündnis 90, Verein für Demokratie und Toleranz e.V.) – allen voran der DGB-Chef Reinhard Knieisch – schlugen vor, die Nazis doch mal richtig zu ärgern und am Tag des Aufmarsches gar nichts zu machen. Knieisch schlug weiter vor, dass doch aus Versehen ein paar Omis Blumentöpfe vom Balkon auf die Nazis fallen lassen könnten... Letztendlich wurde der Nazi-Aufmarsch verboten.

Trotzdem kam es nach langem Hin und Her am 19. August zu einer Kundgebung gegen den Naziteror. Unter den zehn Rednern war auch Karina Jens von der CDU, die lautstark mehr „Toleranz“ forderte. Nur gut, dass Tini und Christine für JRE bzw. SAV danach dagegen reden konnten. Damit entrieten wir viel Beifall – aber nicht von allen: ein Unternehmer stürmte danach zu unseren Infoständen und versuchte uns zuzutexten. An den Ständen von SAV und JRE kamen für die Kampagnenarbeit gegen die NPD-Bundeszentrale in Berlin-Köpenick jeweils mehr als 200 Mark zusammen. Für die Fahrt zur Anti-NPD-Demo in Berlin haben wir schon 14 MitfahrerInnen gewonnen.

Tini und Kerstin, Rostock

Kampagne gegen die NPD-Zentrale

Die Demonstration gegen die NPD-Bundeszentrale in Berlin-Köpenick wird von einem breiten, linken Berliner Bündnis getragen. Bei den Vorbereitungen beteiligt sind neben SAV und Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) bislang unter anderem die IG Medien, DAG-Jugend, OTV-Jugend, PDS und verschiedene antifaschistische und sozialistische Gruppen und Organisationen. Der Betriebsjugendausschuss der Telekom hat angekündigt, 1000 Mark für die Kampagne zu spenden.

JRE hätte ursprünglich schon im Frühsommer beschlossen, im Herbst eine Demo gegen die NPD in Köpenick durchzuführen. Nach dem Anschlag von Düsseldorf haben sowohl JRE als auch andere antifaschistische Organisationen die Initiative für eine Bündnis-Demo ergriffen. JRE und SAV waren bereits in den letzten Jahren gegen die wachsende faschistische Bedrohung in Berlin-Treptow/Köpenick aktiv gewesen. Vor zwei Jahren stellte JRE in Treptow eine Demo gegen die Kameradschaft Treptow auf die Beine. Schon 1993 führte JRE eine erfolgreiche Kampagne gegen den NPD-Bundesparteitag durch. In beiden Fällen spielten Mitglieder der SAV eine maßgebliche Rolle. Die SAV hat auch zur Demo am 7. 10. eine bundesweite Mobilisierung beschlossen.

In der Kampagne setzt die SAV-Berlin vor allem darauf, die Anwohnerschaft von Treptow und Köpenick mit einzubeziehen. In Berlin und bundesweit wird die SAV versuchen, Gewerkschaften und linke Gruppen und Organisationen anzusprechen. Die SAV hält es für zentral, die Verbindung zwischen dem Kampf gegen Rassismus und Faschismus mit dem Kampf gegen Sozialabbau zu verbinden. Dafür konnten wir bei dem Bündnistreffen am 23.8. leider keine Mehrheit bekommen. Immerhin soll auf unser Eingreifen hin im Demo-Auftritt eine Abgrenzung von Regierung, Polizei, Justiz und etablierten Parteien vorgenommen werden. (Stand vom 26.8.)

Kassel Den braunen Dorf-Sumpf austrocknen!

Jeden Morgen, wenn wir in die Zeitung sehen, lesen wir von weiteren faschistischen Übergriffen. Auch in Kassel haben sich die Faschisten reorganisiert. Das äußert sich nicht nur an mehr Dobermann-Deutschland-Pullis, die man in der Innenstadt sieht. Schlägereien am Rand der 1. Mai-Jam, der Überfall auf eine Homosexuellen-Disco und die wachsende Hooligan-Szene beim KSV Hessen sprechen eine deutliche Sprache. Darum mobilisierten wir an ungefähr zehn Schulen für eine Veranstaltung Mitte August im Kulturzentrum Schlachthof. 40 SchülerInnen kamen. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass wir die soziale Frage stark betonen müssen und es nötig ist, nach außen zu gehen, um die Nazis zu stoppen. Als erster konkreter Schritt wurde die Mobilisierung auf die Demo in Berlin beschlossen.

Ca. zehn Jugendliche kamen von einer Schule aus Melsungen (in etwa 50 km von Kassel entfernt). Sie berichteten von einem Dorf in ihrer Nähe (Teil von Altmorschen), das quasi schon „national befreite Zone“ sei, und baten uns um Unterstützung für die Gründung einer Antifa-Gruppe in Melsungen. Eine Berufsschülerin kam aus Kaufungen (10 km außerhalb von Kassel), wo die Faschos wieder stark sind. Sie berichtete, dass sie sich zu bestimmten Zeiten nicht mehr auf die Straße traue. Auf alle Fälle ist die Nazi-Szene nicht nur in Ostdeutschland aktiv, sondern unter anderem auch im Umland einer Stadt wie Kassel. Wir haben keine Zeit dabei zu verlieren, die Nazis am weiteren Aufbau zu hindern. No Pasaran! - Sie werden nicht durchkommen!

SAV Kassel

Stuttgart NPD gegen CSD – SAV gegen NPD

Unter dem Motto „Schützt die Familie - keine Gleichstellung der Homo-Ehe“ und Parolen wie „Die Zukunft gehört den Kindern, nicht den Homos und nicht den Indern“ versuchte die NPD am 29. Juli zum ersten Mal in Stuttgart zu marschieren. An dem Aufmarsch nahmen 150 NPD-Anhänger aus Süddeutschland teil. Zeitgleich fand der Christopher-Street-Day (CSD) mit 20.000 Leuten statt. Obgleich der geplante NPD-Aufmarsch kaum bekannt war, kam es zu einer Protestdemo von 300 Linken. Da die Demonstration nicht organisiert war, konnte die Polizei immer wieder Gruppen einkesseln. Aber nicht nur DemonstrantInnen, auch einige PassantInnen wurden mehrere Stunden auf engstem Raum zusammen gedrängt. Die Polizei knüppelte mehrmals in die Menge und ging mit Pferden rein.

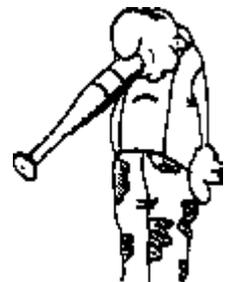
Immerhin konnte die NPD lange am Losmarschieren gehindert werden. Außerdem mussten sie ihren Aufmarsch wiederholt unterbrechen und vorzeitig beenden. Viele StuttgarterInnen, die bei ihrem Samstagseinkauf auf den NPD-Aufmarsch stießen, waren entsetzt und empört und deckten die Nazis mit allen möglichen Schimpfwörtern ein. Gleiches galt für eine große Zahl der CSD-TeilnehmerInnen, von denen viele erst durch uns vom NPD-Aufmarsch erfahren hatten. Zurecht wurde kritisiert, dass die CSD-OrganisatorInnen die NPD-Provokation weitgehend ignorieren wollten.

Anne und Wolfram, Stuttgart



Dieses Plakat hängt in 17 Siegener Kneipen

gemeinsame Aktion mit 17 Siegener Kneipen gestartet. Die Wirte waren bereit, finanziell und mit ihrem Logo unser Plakat mit der Aufschrift „Keine Nazis in unserer Kneipe“ zu unterstützen. Diese Plakate, welche nun in Siegener Kneipen und in der gesamten Stadt plakatiert werden, sollen deutlich machen, dass den Nazis, die (derzeit noch) eine Kneipe als Heimat haben, von der großen Mehrheit aller Kneipen der Zutritt verweigert wird.



... sondern ein Verbrecchen!

Die Nazis können gestoppt werden

Um dem Treiben der Faschisten Einhalt zu bieten, ist eine breite Mobilisierung nötig. Es ist allerdings unmöglich, die rassistische Gewalt mit denjenigen zu bekämpfen, die verantwortlich für Rassismus und Sozialabbau sind. Gewerkschaften, PDS, Schüler- und Studierendenvertretungen und andere müssen ihre Mitglieder- und Anhängerschaft aufbauen, um sich den Nazis in den Weg zu stellen. Da die NPD ein gefährliches Sammelbecken der Nazis ist, kommt es darauf an, in den nächsten Wochen erfolgreich für die Demonstration gegen die NPD-Zentrale in Berlin-Köpenick am 7. Oktober zu mobilisieren. Der Kampf gegen Rassismus und Faschismus muss mit dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau verbunden werden. Die DGB-Spitze muss endlich aus dem „Bündnis für Arbeit“ aussteigen, statt darüber zu diskutieren, ob die Nazi-Gewalt in diesem Bündnis thematisiert werden soll. Der beste Weg, ein Anwachsen der Nazis zu verhindern, wäre der gemeinsame Kampf von deutschen und nichtdeutschen Arbeitern und Jugendlichen gegen den sozialen Kahlschlag.

Von Claus Ludwig, Köln

Aufstieg der Nazis

Die Neonazis sind nicht plötzlich diesen Sommer wie die Marsmännchen über Deutschland hergefallen. Seit Mitte der 80er Jahre und vor allem seit der kapitalistischen Wiedervereinigung ist die rechte Szene gewachsen, aggressiver und gewalttätiger geworden. Genährt durch die soziale Krise und ermutigt durch den Rassismus der etablierten Parteien und staatlichen Institutionen sind die rechten Banden zu einer Gefahr für Immigranten, Antifaschisten und Gewerkschafter geworden.

Arbeitslosigkeit und soziale Not sind keine Naturereignisse, sondern von den wirtschaftlich und politisch Herrschenden gemacht worden. In den 80er Jahren hat eine gewaltige Umverteilung von unten nach oben begonnen. Seit der deutschen Einheit hat sich diese Entwicklung verschärft. Durch Rationalisierung sind Millionen industrieller Arbeitsplätze vernichtet worden, während die Konzerne Rekordprofite verbuchen konnten. In Ostdeutschland sind die ehemals volkseigenen Betriebe per Privatisierung an westliche Konzerne verschenkt worden. Die Stärkung der Rechten war nicht das automatische Resultat der sozialen Krise. Entscheidend ist, ob es eine Kraft gibt, die Gegenwehr organisiert und eine ernsthafte linke Alternative anbietet. Die SPD war ohnehin schon mit fliegenden Fahnen ins Unternehmer-Lager übergefallen. Die Gewerkschaftsführer haben sich an den Kapitalismus angepasst und darauf verzichtet, effektive Kämpfe zu führen. Sie haben stattdessen Widerstand abgewürgt oder nur zu Dampfplastraktionen aufgerufen. Die PDS hat auch kaum Gegenwehr organisiert, sondern konzentriert sich auf die Parlamente und ihre Integration ins politische System.

Auf dieser Grundlage konnten Verzweiflung und Spaltung gedeihen. Die Logik der Faschisten ist: wenn es nicht möglich ist, gegen die da oben zu kämpfen, trete nach unten!

In Ostdeutschland ist die Wahlunterstützung für die Rechten kaum größer als im Westen. Aber es gibt eine größere Schicht von Jugendlichen, die jeglichen Kontakt zur Arbeiterbewegung verloren hat oder diese nie im solidarischen Kampf erlebt hat. Aus ihnen rekrutieren sich die faschistischen Banden. In den letzten Jahren haben sie vor dem Hintergrund einer zunehmenden Entfremdung gegenüber dem bestehenden System verstärkt „antikapitalistische“ Phrasen benutzt. Sie verbreiten Parolen wie „Vorwärts im Kampf gegen die Macht der herrschenden Politiker! Jetzt die antikapitalistische Wirtschaftsordnung schaffen!“, betonen das angeblich „revolutionäre“ und „sozialistische“ am Nationalsozialismus.

Brandstifter aus Bonn und Berlin

Ausländer wurden von den etablierten Politikern immer wieder zu Sündenböcken

gemacht. Jede Asyl-Kampagne der Parteien hat Wellen rassistischer Gewalt ermutigt. Ab 1986 führte die erste große CDU-Propaganda-Welle gegen Asylbewerber zu Wahlerfolgen von DVU und REPs. 1991 schrieb der damalige CDU-Generalsekretär Rühle, die CDU müsse verbreiten, „jeder weitere Asylantrag sei ein SPD-Asylantrag“. Die SPD war damals noch nicht bereit, das Asylrecht abzuschaffen. Ergebnis der CDU-Kampagne waren die Ausschreitungen gegen Flüchtlinge wie in Hoyerswerda.

Ob Rüttgers' „Kinder statt Innder“ oder Schily's „Die Grenze der Belastbarkeit ist überschritten“ – diese Äußerungen und die Politik aller etablierten Parteien haben auch im Jahr 2000 den Rechten signalisiert: ihr seid auf dem richtigen Weg, je mehr Druck ihr macht, desto stärker wird sich die Politik insgesamt nach rechts verschieben. Es sind die intellektuellen Kreise der Politiker und Wirtschaftsbosse, die die rassistische Karte ziehen, um Arbeiter gegeneinander auszuspielen und von ihrer eigenen Verantwortung für Arbeitslosigkeit und Sozialabbau abzulenken.

Verbieten oder ignorieren?

Politiker aller Parteien diskutieren Einschränkungen des Demonstrationsrechts, schärfere Kontrollen im Internet und das Verbot der NPD. Es wäre natürlich positiv, wenn die Faschisten ihre Jobs verlieren, in den Knast wandern würden, wenn Nazi-Treffpunkte geschlossen, Gelder und Material beschlagnahmt würden. Doch immer wieder haben die Herrschenden in Deutschland darauf verzichtet, rechten Parteien den Todesstoß zu versetzen. In den 70er Jahren wäre die NPD bankrott gewesen, wenn die damalige SPD-FDP-Bundesregierung ihr nicht die Wahlkampf-Schulden gestundet hätte. 1983 wurde die ANS (Aktionsfront Nationale Sozialisten) verboten, aber ihre Nachfolgeorganisation FAP wurde bis 1995 in Ruhe gelassen.

Als die rechten Gewalttaten 1993 überhand nahmen und sich eine starke antifaschistische Gegenbewegung entwickelte, trat der Staat auf die Bremse und verbot einige Nazi-Organisationen. Doch von einer effektiven Zerschlagung konnte keine Rede sein. Schon 1993 wurde der Verbandsantrag gegen die FAP gestellt, erst im Februar 1995 wurde die Organisation verboten. Die Rechten hatten genug Zeit, neue Strukturen aufzubauen, Vermögen und Material zu sichern.

Dass ausgerechnet der bayrische CSU-Innenminister Beckstein am lauesten Verbot fordert, sollte aufhorchen lassen. Verbote, die heute weniger als halbherzig gegen die Nazis eingesetzt werden, können morgen mit aller Härte gegen Linke angewendet werden.

Die SAV fordert nicht das Verbot der NPD durch den Staat, sondern die Zerschlagung der faschistischen Organisationen durch eine Massenmobilisierung der arbeitenden Menschen und der Ju-



JRE (Jugend gegen Rassismus in Europa) konnte 1993 über 1000 Jugendliche gegen die Rechten organisieren und eine Reihe von erfolgreichen Gegenaktionen durchführen.

gend. Von den Gewerkschaften und der PDS fordern wir, nicht Illusionen in Staat und Polizei zu fördern, sondern ihre Basis zu nutzen, um sich den Nazis wirksam entgegenzustellen.

Die Strategie, die Nazis „nicht aufzuwerten“, vor allem von Gewerkschaften und PDS praktiziert, ist gescheitert. Von vielen ignoriert, konnten sich die Nazis in aller Ruhe aufbauen.

Viele Politiker rufen jetzt zur „Zivilcourage“ auf, die Bevölkerung solle gegen die Rechten aktiv werden. Es ist nicht so einfach mit der „Zivilcourage“. Denn wer diese in den letzten Jahren bei Gegendemonstrationen gezeigt hat, hat oft genug Bekanntheit mit dem Polizeiknäuel, Platzverweisen und Anzeigen gemacht. In Gegenden, wo die Nazis stark sind, ist es auch nicht möglich, sich ihnen alleine entgegenzustellen, das kann durchaus gefährlich werden.

Keinen Fußbreit den Faschisten

Der einzige Weg ist die Massenmobilisierung gegen die Nazis. Wenn hundert Nazis eine Kundgebung abhalten wollen und 1000 Gegendemonstranten kommen ist das gut, wenn 10.000 kommen, haben die Nazis verloren. Wenn 1000 Nazis aufmarschieren wollen, und 100.000 Antifaschisten sich ihnen in den Weg stellen, dann hilft ihnen auch keine Polizei mehr. Natürlich kann und muss man auch mit sehr viel weniger Antifaschisten den Nazis die Straße streitig machen. Aber das Ziel muss eine möglichst breite Gegenmobilisierung sein.

Nötig sind direkte Aktionen gegen rechte Aufmärsche, gegen Parteizentren, Clubs und Treffpunkte, mit dem Ziel, das Auftreten der Nazis zu verhindern und ihre Stützpunkte zu schließen. Innen muss der Spielraum genommen werden, durch ihre Aufmärsche ihren eigenen Anhängern Stärke zu demonstrieren und andere einzuschüchtern.

Die Nazis sind eine Bedrohung geworden. Aber sie sind eine kleine Minderheit. Die Mehrheit reagiert mit Abscheu auf ihre Gewalt und ihre Hetze. Solange Kapitalismus existiert, solange die Herrschenden uns in Deutsche und Ausländer, Ost und West spalten wollen, wird es auch Rassismus geben. Doch die akut gefährlichen Nazi-Gruppen können durch konsequentes Auftreten der Arbeiterbewegung zerschlagen werden. Die feigen Mitläufer können demoralisiert werden, den Unsicheren kann eine Alternative aufgezeigt und die Führer dadurch isoliert werden.

Es stimmt, dass es auch in Teilen der Arbeiterklasse rassistische Vorurteile gibt. Aber die sind künstlich erzeugt worden und können durch Information und durch gemeinsamen Kampf von Deutschen und Nicht-Deutschen für ihre gemeinsamen Interessen überwunden werden.

Eine zentrale Rolle im Kampf gegen Rassismus und Faschismus müssen die Gewerkschaften spielen. Sie organisieren acht Millionen Deutsche und Aus-

länder, in den Betrieben ist die Einheit am stärksten. Sie haben die materiellen Mittel, um eine große Bewegung gegen die Nazis aufzubauen. Da die Faschisten in den letzten Monaten auch verstärkt gewerkschaftliche Aktivisten auf Korn genommen haben – wie die Morddrohungen gegen den Elmshorner IG-Metall-Vorsitzenden zeigen – setzt sich bei Gewerkschaftern die Erkenntnis durch, dass gehandelt werden muss. Die Ankündigung des Berliner DGB, sich dem Marsch der NPD durchs Brandenburger Tor im Januar 2001 entgegenzustellen, ist ein erster Schritt, aber es geht nicht nur um den Januar nächsten Jahres, sondern jetzt gegen alle faschistischen Aktivitäten vorzugehen.

Wenn die DGB-Führung eine energische Kampagne zur Information der Mitglieder führen und Mobilisierungen gegen sämtliche Nazi-Aktivitäten durchführen würde, könnten diese zurückgeschlagen werden.

Gleichzeitig müssten politische Alternativen zum sozialen Kahlschlag à la Rot-grün vertreten werden. Wenn die Gewerkschaften gegen die Zerschlagung des Rentensystems und Arbeitsplatzabbau vor allem im Osten konsequent kämpfen und Perspektiven für den Widerstand aufzeigen, können die Nazis nicht mehr so stark vom Gefühl der Verzweiflung profitieren.

Allerdings müssen die Führer der Gewerkschaften und auch der PDS stark unter den Druck ihrer Basis kommen, damit sie aktiv werden. Sie setzen eher auf Bündnisse mit den etablierten Parteien, verwässern ihre Forderungen und verzichten auf direkten Widerstand gegen die Rechten. Gewerkschaftsmitglieder sollten für eine Änderung des Kurses kämpfen. Im Betrieb, bei Vertrauensleute-Versammlungen, bei der Gewerkschaftsjugend, auf gewerkschaftlichen Versammlungen sollte argumentiert, gefordert und Anträge gestellt werden, sich an Demonstrationen gegen Nazi-Aufmärsche, Nazi-Kneipen, Nazi-Büros beteiligen und sie selbst zu organisieren. Bei einer Blockade der Gewerkschaftsspitze müssen Vertrauensleute oder Vertreter der Gewerkschaftsjugend aber auch eigenständige Initiativen ergreifen.

Vor Ort ist der Aufbau antifaschistischer Gruppen, Nachbarschaftskomitees und Telefonketten wichtig. Anfang der 90er Jahre gab es einige effektive Nachbarschaftskomitees und Telefonketten, die vor allem zum Schutz von Flüchtlingsheimen dienten und kurzfristige Mobilisierungen durchführten konnten.

Nötig ist auch, die Faschisten aus dem Schutz der Anonymität zu holen, bevor sie ihren Terror ausüben können. Die Adressen der Neonazis müssen in der Nachbarschaft bekannt gemacht werden. Aus Köln und Kassel ist bekannt, dass es viele Reaktionen aus der Bevölkerung gab, nachdem die Nazis „geoutet“ wurden. Sie wurden in Läden nicht mehr bedient und auf der Straße beschimpft. Dass sie meist nach kurzer Zeit den Wohnort wechseln zeigt, dass sie die Öffentlichkeit scheuen wie ein Vampir das Tageslicht.

Es gibt viele Beispiele für erfolgreichen Kampf gegen die Nazis. Im Frühjahr dieses Jahres demonstrierten in Göttingen 5000 gegen einen NPD-Aufmarsch, der daher nicht stattfinden konnte. Viel mehr Menschen waren bereit, sich den Rechten entgegenzustellen als sich heute das Gejammer und die Heuchelei von Politikern bei Kundgebungen anzuhören. Die Nazis können sich nicht nach Göttingen hineintrauen, obwohl sie im Umland eine ihrer Hochburgen haben. Grundlage dieses Erfolges ist das konsequente Auftreten der Göttinger Antifaschisten und die Einbeziehung der Gewerkschaften. Dies hat dazu geführt, dass nicht nur kämpferische antifaschistische Jugendliche, die immer dabei sind, sondern gewerkschaftliche Arbeitnehmer gemeinsam demonstriert haben.

Ende der 70er Jahre trat in Großbritanien die „National Front“ offensiv auf, sie versuchte, mit Aufmärschen, die Menschen an faschistische Symbole zu gewöhnen. Zu jedem öffentlichen Auftreten der Rechten fand eine Gegenaktion statt. Unter starker Beteiligung von Gewerkschaftern und von sozialistischen Gruppen organisiert, wurden bei diesen Aktionen die Nazis am Marschieren gehindert, und bezogen oft genug Prügel. Angesichts der Massenaktionen konnte die Polizei wenig zum Schutz der Rechten machen. Entnervt gaben viele Mitläufer auf und die „National Front“ verschwand erst einmal in der Versenkung.

1992-93 ergriff VORAN die Initiative zur Gründung von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE). Innerhalb eines halben Jahres organisierte JRE über 1000 Jugendliche und führte lokal und bundesweit direkte Aktionen gegen die Rechten durch. Durch Blockadeaktionen vor Nazi-Büros und vor Bussen, die zu rechten Parteitag fahren wollten, wurden diese empfindlich gestört. JRE hat dabei auf Massenmobilisierung anstatt auf „Nacht-und-Nebel-Aktionen“ gesetzt. Auf Polizeiübergriffe gegen JRE-Aktionen konnten wir mit Öffentlichkeitsarbeit antworten und bekamen Solidarität z.B. von gewerkschaftlichen Gliederungen. Anzeigen und Strafen konnten so verhindert werden. Im September 1993 konnte durch eine bundesweite Mobilisierung von JRE und den Widerstand der örtlichen Bevölkerung der NPD-Parteitag im niedersächsischen Copenbrügge vorzeitig beendet werden.

Die langwierige Diskussion um ein NPD-Verbot gibt den Nazis die Gelegenheit, sich umzustrukturieren, belastendes Material verschwinden zu lassen und Vermögen in Sicherheit zu bringen. Statt halberziger Verbotdiskussionen brauchen wir effektive Maßnahmen gegen die Faschisten. Daher mobilisiert die SAV zusammen mit anderen für eine Demonstration zur Schließung der NPD-Zentrale in Berlin-Köpenick am 7. Oktober. Wenn es gelingt, die örtliche Bevölkerung mit bundesweiter Unterstützung gegen die Nazi-Zentrale zu mobilisieren, kann der NPD der Boden unter den Füßen zu heiß werden.



Was ist Faschismus?

Die Nazis marschieren und mordeten wieder. „Stoppt den Nazi-Terror“ ist der Schlachtruf von AntifaschistInnen, SozialistInnen und GewerkschafterInnen, die in diesen Tagen gegen die Faschisten auf die Straße gehen und unter anderem zum Marsch gegen die NPD-Zentrale am 7. Oktober in Berlin mobilisieren. Die NPD ist eine faschistische Partei, darin sind sich (fast) alle einig. Doch was macht sie dazu? Ist es nur ihr offener Rassismus und ihre offensichtlich antidemokratischen Ziele? Wieso muss die Arbeiterbewegung und die Linke einen besonderen Kampf gegen die Bedrohung durch Faschisten führen? Und wieso wäre es falsch, jeden Rechtsradikalen einen Nazi zu schimpfen?

Sascha Stanic,
SAV-Bundesleitung

Faschistische Bewegungen entwickelten sich in den 20er und 30er Jahren vor dem Hintergrund der tiefen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise, die sich in vielen Ländern Europas ausbreitete. Das klassische Beispiel für eine faschistische Bewegung, die die politische Macht ergreifen konnte, ist Hitlers NSDAP. Die Krise nach Ende des Ersten Weltkriegs und die Weltwirtschaftsdepression 1929-33 führten zur Verelendung von Millionen. Betroffen waren nicht nur Arbeiter, die sich in ihrer übergroßen Mehrheit um SPD, KPD und Gewerkschaften scharten, sondern auch der Mittelstand: kleine Gewerbetreibende, die ihren Laden aufgeben mussten; Bauern, die ihr Stück Land verloren oder Armeengehörige, die die Armee verlassen mussten. Sie waren Opfer der kapitalistischen Krise und des Konzentrationsprozesses des Kapitals: das große Kapital fraß das kleine Kapital auf. Zum großen Teil in die Arbeitslosigkeit gestoßen, radikalisierten sich diese Schichten und waren auf der Suche nach einem politischen Ausweg aus der Krise. In den revolutionären Jahren von 1918 bis 1923 hatte sich ein großer Teil der radikalisierten Mittelschichten der Arbeiterbewegung und dem Sozialismus zugewandt, nur dadurch war zum Beispiel der kurze Erfolg der bayerischen Räterepublik möglich. Die Versuche von sozialistischen Revolutionen scheiterten aber und das Kleinbürgertum wandte der gespaltenen Arbeiterbewegung den Rücken zu und suchte

einen anderen Ausweg. Diesen schien Hitler ihnen zu liefern: er sprach die niedersten Instinkte der verzweifelten Kleinbürger an und lieferte ihnen mit seinem Antisemitismus einen Sündenbock, mit seinem Nationalismus lieferte er ihnen eine Identität und mit seinem Antikommunismus und vorgeschobenen Antikapitalismus machte er ihnen weis, ihre soziale Stellung als Kleinrentner zu verteidigen: gegen die Entgegnung durch die Kommunisten und gegen den Ausverkauf an das große Kapital. Und Hitler bildete eine schlagfertige Organisation und mit SA und SS paramilitärische Einheiten, die offensichtlich zu allem bereit waren. In Wirklichkeit verteidigte Hitler nicht die Interessen des Mittelstandes, sondern des Kapitalismus. Die Mission der Nazis war es, die organisierte Arbeiterbewegung zu zerschlagen und in einem Zustand der Zersplitterung zu halten. Deshalb wurde die NSDAP vom deutschen Großkapital, von Thyssen, Krupp, der IG Farben usw. millionenfach finanziert und im Januar 1933 an die Macht gehievt. Die Kapitalisten waren zu dem Schluss gekommen, dass der Widerstand der organisierten Arbeiterbewegung nachhaltig gebrochen werden musste, um Löhne, Sozialstandards und Arbeitsbedingungen dauerhaft zu verschlechtern, um Deutschland aufzurufen und einen neuen Krieg vorzubereiten und um die Gefahr einer Revolution der Arbeiterklasse zu bannen. Es ging nicht nur darum, der Arbeiterklasse eine Niederlage beizubringen, sondern sie dauerhaft in einen Zustand zu versetzen, in dem sie sich nicht mehr zur Wehr setzen konnte. Um dies zu erreichen, reichte ein „einfacher Polizeistaat“ nicht aus, der „nur“ Polizei und Militär hätte einsetzen können. Um die Massenbewegung der Arbeiterklasse zu zerbrechen, musste ihr eine militante Massenbewegung entgegengesetzt werden. Hitlers 400.000 Männer in SA und SS bildeten diese. Sie sahen ihre Aufgabe schon vor der Machtübernahme in erster Linie darin, Versammlungen und Demonstrationen der Arbeiterbewegung anzugreifen und zu zerschlagen. In drei Wochen im Jahr 1932 gab es 461 Straßenkämpfe mit 82 Todesopfern und 400 Verletzten aufgrund des Nazi-Terrors. Nach der Machtergreifung Hitlers wurden innerhalb von wenigen Monaten KPD, SPD und Gewerkschaften verboten und aufgelöst, das „Führerprinzip“ wurde in den Be-

trieben eingeführt, die deutsche Arbeiterbewegung war geschlagen und der Weg für den Zweiten Weltkrieg frei.

Was also den Faschismus ausmachte, war nicht seine rassistische und nationalnaziistische Ideologie oder seine antidemokratischen Prinzipien. Rassistische und nationalnaziistische Politik wird heute auch von den etablierten bürgerlichen Parteien betrieben, demokratische Rechte auch von diesen abgebaut. Faschismus stellt eine besondere Form kapitalistischer Reaktion dar: basierend auf der Massenmobilisierung der Mittelschichten und der paramilitärischen Organisation derselben, mit dem Ziel die Arbeiterbewegung zu zerschlagen und eine totalitäre Diktatur zu errichten. Faschismus und andere reaktionäre Bewegungen oder Regierungen zu verwechseln kann dazu führen, dass man übersieht, welchen Feind man zuerst schlagen muss. Diesen Fehler begingen die Kommunisten in Deutschland vor 1933: sie charakterisierten die halb-diktatorischen Regime von Brüning und von Papen als faschistisch und erkannten nicht die besondere Bedrohung, die von Hitler ausging. Sie bezeichneten sogar die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ und waren nicht bereit eine Einheitsfront mit der SPD gegen die Nazis zu bilden. Diese Politik führte geradezu in die Niederlage.

NPD und FPÖ

Keine der heute existierenden rechtsextremen bzw. faschistischen Parteien entspricht völlig den Kriterien, die oben an die klassischen faschistischen Parteien angewandt wurden. Vor allem stellt heute keine der faschistischen Parteien eine Massenbewegung dar und verfügt nicht über starke paramilitärische Einheiten, die heute in der Lage wären die organisierte Arbeiterbewegung auf breiter Front anzugreifen. Abgesehen von einigen Nazi-Sekten versuchen Parteien wie NPD oder DVU sich ein demokratisches Image zu geben und sich nicht in eine historische Kontinuität mit dem Hitler-Faschismus zu stellen. Dass sie ihre nazistische Ideologie nicht offen darlegen ist Ausdruck des verbreiteten antifaschistischen Bewusstseins in der Masse der Bevölkerung. Trotzdem ist die NPD eine eindeutig faschistische Partei: das ergibt sich nicht nur aus den von ihr vertretenen politischen Positionen, sondern aus der Tatsache, dass sie versucht die Straße zu erobern (durch allwöchentliche

che Aufmärsche und Kundgebungen) und ihre Mitglieder direkte Gewalt gegen ImmigrantInnen und AntifaschistInnen anwenden. Um rechte Parteien heute als neofaschistisch zu bezeichnen müssen sie entweder offen in der faschistischen Tradition stehen oder zumindest in embryonaler Form versuchen ihre Mitglieder und Unterstützer zu mobilisieren, über einen militanten Flügel verfügen und direkte Angriffe gegen ImmigrantInnen oder AntifaschistInnen durchführen.

Auf der anderen Seite ist zum Beispiel die rechtsextreme FPÖ von Jörg Haider keine faschistische Partei, wenn sie auch starke faschistische Elemente in ihren Reihen hat. Die FPÖ ist eine rassistische, rechtspopulistische Partei, die demokratische Rechte abbauen will. Sie versucht bewusst faschistische Kräfte in ihren Strukturen einzubinden. Aber sie ist eine reine Wahlpartei, die weder ihre Mitgliedschaft mobilisiert noch über einen militanten Flügel verfügt. Trotz des Anstiegs bei Wahlen auf 27 Prozent und der Beteiligung an der Regierung hat die FPÖ immer noch „nur“ 40.000 Mitglieder. Darunter finden sich weniger verzweifelte und radikalisierte Kleinbürger oder Arbeitslose, wie in Hitlers NSDAP oder der NPD, als Unternehmer und Junkarkarrieristen. Eine direkte physische Bedrohung für die Arbeiterbewegung geht von ihr im Moment (noch) nicht aus. Doch auch wenn die FPÖ heute keine faschistische

Partei ist, so ist erstens nicht ausgeschlossen, dass sie sich in Zukunft in eine solche entwickelt und ist sie zweitens trotzdem eine große Bedrohung für die Lebenssituation und die demokratischen Rechte der österreichischen Arbeiterklasse. Sie als Faschisten zu bezeichnen würde jedoch den Blick auf die wirklich faschistischen Kräfte, wie die VAPO (Volkstreue Außerparlamentarische Opposition), welche militante Aktionen durchführt, verdecken. Es ist außerdem nicht ausgeschlossen, dass die FPÖ stärker wird und Haider in den nächsten Jahren auch Kanzler werden kann – dies würde aber nicht den Beginn eines faschistischen Regimes in Österreich bedeuten, sehr wohl aber einen weiteren Abbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte und eine Verschärfung der ausländerfeindlichen Politik. Parolen wie „Haider = Hitler“ zu benutzen ist ein ähnlicher Fehler, wie der, den die KPD damit beging, die Präsidentschaften von Brüning und von Papen als faschistische Regime zu bezeichnen. Diese nichterne Einschätzung des Charakters der FPÖ hält die SAV und ihre österreichische Schwesterpartei SLP (Sozialistische Links-Partei) nicht davon ab, beim Kampf gegen Haider und die FPÖ an vorderster Front zu stehen.

Vom Autor des Artikels ist ein Referat zum Thema „Faschismus und FPÖ“ bei der Redaktion zu beziehen

7. Oktober Berlin-Köpenick Demonstration Weg mit der NPD-Zentrale!

Die SAV mobilisiert zusammen mit anderen bundesweit zur Demo gegen die NPD-Zentrale in Berlin-Köpenick, weil die NPD die gefährlichste Schnittstelle zwischen Terroristen und Wahlkämpfern ist. NPD-Funktionäre melden eine Demo an, die Kameradschaften sorgen für Terror auf der Straße. Keine Woche vergeht, in der es nicht zu Aufmärschen oder Gewalttaten kommt, an der NPD-Mitglieder beteiligt sind. Ausgehend vom Aufbau der Jungen Nationaldemokraten (JN) Anfang der 90er Jahre zur Kaderorganisation wurde die Partei im Zuge der Verbote von mehreren Neonazi-Verbanden zum wichtigsten Sammelbecken der Szene. So kandidierten Neonazis wie Bela Ewald Athans (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front), Sascha Rossmüller (Nationaler Block) oder Stefan Hintze (Nationalistische Front) auf NPD-Listen. Ex-Bundesführer der Wiking-Jugend, Wolfgang Narath, wurde Bundesvorstandsmitglied der NPD. Manfred Roeder, der 1998 Bundestagskandidat für die NPD war, wurde 1982 zu 13 Jahren Haft verurteilt, weil er an einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim beteiligt war, bei dem zwei vietnamesische Asylbewerber getötet wurden. Die NPD hat heute fast 7000 Mitglieder. Allein in den letzten vier Wochen gewann sie 500 neue Mitglieder.

- ⇒ Verhinderung von faschistischen Aktivitäten und Aufbau eines effektiven Selbstschutzes durch Gewerkschaften, Immigrantenverbänden, antifaschistischen Organisationen und linken Parteien
- ⇒ Keine Vermietung öffentlicher Straßen, Räume und Plätze für Nazis
- ⇒ Statt Rassismus: Arbeit und gleiche Rechte für alle
- ⇒ Gemeinsamer Kampf von deutschen und nichtdeutschen ArbeiterInnen und Jugendlichen gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau
- ⇒ Bekämpfung der Fluchtursachen, nicht der Flüchtlinge; Schluss mit Waffenexporten, Enteignung der Rüstungskonzerne, Verstaatlichung der Banken und Streichung aller Schulden der Länder der „Dritten Welt“



Die Faschisten sind nicht „antikapitalistisch“, wie sie sich selbst gerne bezeichnen, um von der Wut über soziale Not zu profitieren, sondern letztendlich nichts anderes als die Kampfunde des Kapitals.

Afrika

Kontinent der extremen Widersprüche und des Widerstandes

Die Medien zeichnen von Afrika ein Bild der Gewaltspirale und des endlosen Zerfalls. Auf den ersten Blick scheint das auch zu stimmen. Staaten wie Somalia, Sierra Leone oder die Demokratische Republik Kongo (ehemals Zaire) sind insofern zerfallen, dass es keine staatliche Autorität mehr gibt. Nicht nur AIDS, auch einfache Krankheiten und Seuchen entwickeln sich mangels medizinischer Versorgung. Es gibt sicherlich auch in Afrika Naturkatastrophen wie die Überschwemmungen in Mosambik, aber die meisten Hungersnöte, wie zuletzt in Äthiopien oder im Südsudan, wurden von Menschen verursacht. Sie sind die Folge von Kriegen und Bürgerkriegen.

Gaetan Kaetare,
Aachen

Afrika, besonders südlich der Sahara, ist eines der wirtschaftlich am wenigsten entwickelten Teile der Welt. Als schwächstes Glied in der kapitalistischen Kette spiegelt es die Unfähigkeit des Kapitalismus wider, den Planeten Erde zu entwickeln, und die grausamsten Probleme wie Hunger, Seuchen, religiöse oder nationalstische Auseinandersetzungen zu lösen.

90er Jahre: Zuspitzung der Krise

Die 80er Jahre galten für Afrika als ein verlorenes Jahrzehnt. Die 90er Jahre stellten das noch weit in den Schatten. Die weltweite Schwächung der Linken, das Fehlen einer Alternative zum Kapitalismus, wiegt in Afrika wahrscheinlich schwerer als anderswo. Ehemalige „Marxisten“ wie Mugabe in Simbabwe, Kabila im Kongo (Zaire), Museveni in Uganda oder die heute äthiopische Regierung, die aus der maoistischen TPLF

hervorging, haben sich zu Despoten und Dienern des internationalen Kapitals gewandelt. Frühere Befreiungsbewegungen mit sozialistischer Rhetorik wie der ANC in Südafrika, die MPLA in Angola oder die SWAPO in Namibia sind heute Verfechter neoliberaler Politik. Die einfachen ArbeiterInnen und Bauern, für die eine Lösung ihrer Probleme eine Existenzfrage ist, können sich heute in der Regel auf keine der vorhandenen Parteien stützen. Die Oppositionsparteien und Oppositionspolitiker sind meist noch korrupter und prokapitalistischer als die Despoten in der Regierung. Zerfall und drohende Barbarei sind nicht Folge der Untätigkeit der Massen, sondern eher Ausdruck des Versuchs der Massen, sich ohne klarem Programm gegen die schlimmen Lebensbedingungen und die Herrschenden zur Wehr zu setzen. Ohne eine klare Vorstellung von einer Alternative können die Kämpfe schnell unter den Einfluß von Agenten des Kapitals, Gangstern und Banditen geraten, die auf eigene Rechnung arbeiten, nicht einmal vor Massenmord zurückschrecken und den Zerfall ganzer Staaten in Kauf nehmen.

Der verstärkte Prozess der Globalisierung, die erzwungene Öffnung ihrer Märkte und der Verfall der Rohstoffpreise hat die ökonomische Grundlage der meisten afrikanischen Staaten ruiniert. In den 70er Jahren, bis in die 80er Jahre hinein, musste der Imperialismus aus Angst vor Revolutionen und in Konkurrenz zum Ostblock eine Reihe von Zugeständnissen machen. Heute ist kein Opfer zu hoch im Kampf um die Kontrolle und die Ausbeutung der Rohstoffquellen. Unter den heutigen imperialistischen Bedingungen wird der Reichtum an Bodenschätzen für Millionen AfrikanerInnen nicht zum Segen sondern zum Fluch.

Ausweg

Der Widerstand der afrikanischen Massen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, aber auch die Empörung von Millionen von ArbeiterInnen in der ganzen Welt über das Elend in Afrika, zwingt den Imperialismus immer wieder Scheinlösungen zu präsentieren. Eine Konferenz nach der anderen wird organisiert und „Hilfsprogramme“ verabschiedet, wie zuletzt der Beschluss, die ärmsten Staaten zu entschuldigen. Die bittere Wahrheit ist jedoch, dass vierzig Jahre „Entwicklungshilfe“ Afrika dorthin gebracht haben, wo es heute ist: Im Griff des internationalen Kapitals und unter totaler Kontrolle von Internationalen Währungsfonds (IWF) und Weltbank. Für jede Mark Entwicklungshilfe wurde ein Vielfaches herausgeholt. Einzig und allein der Widerstand der afrikanischen ArbeiterInnen und Bauern im Kampf gegen das Kapital und seine Statthalter kann eine Lösung bringen. Nur durch die Abschaffung des Kapitalismus, nur unter einer Arbeiter- und Bauernregierung wäre es möglich, die Industrie, die Bergwerke und die großen Ländereien zu verstaatlichen, massiv in Bildung und Alphabetisierung zu investieren, und die medizinische Versorgung und den Kampf gegen Krankheiten wie zum Beispiel AIDS, in den Mittelpunkt zu stellen.

In den meisten afrikanischen Staaten, und besonders in Nigeria und Südafrika, ist die Arbeiterklasse bereits die entscheidende Kraft in der Gesellschaft. Der rasante Aufstieg der revolutionär-sozialistischen Democratic Socialist Movement (DSM, Schwesterorganisation der SAV) in Nigeria zeigt unter anderem, dass die Frage der sozialistischen Revolution auf dem afrikanischen Kontinent nicht mehr ferne Zukunftsmusik sein muss.



Südafrika

Obwohl der ANC (African National Congress) im letzten Jahr mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt wurde, sind Millionen schwarzer SüdafrikanerInnen mit der Mbeki-Regierung des ANC unzufrieden. Die meisten haben die Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen nach dem Ende der Apartheid 1994 unter einer ANC-Regierung längst begraben. Sowohl die angekündigte Landreform als auch die Alphabetisierungskampagne sind leere Versprechen geblieben. Schulen mit schwarzen Kindern sind heute verhallotter als zu Zeiten der Apartheid. Im Bildungsbereich sind massive Kürzungen und Stellenabbau durchgeführt worden. Viele LehrerInnen haben sich freiwillig vom Lehramt verabschiedet, nachdem ihnen eine Abfindung angeboten wurde. Andere wechselten an besseren Schulen. Die Schere zwischen Arm und Reich ist heute größer als unter dem Apartheid-Regime, und die Reichen stellen ihre Privilegien noch demonstrativer zur Schau.

In vielen Bereichen geht die heutige Regierung noch brutaler vor, als das unter der früheren verhassten Botha-Regierung der Fall war. Mietboykotts gehörten damals in den Townships häufig zum Alltag, weil die einen nicht zahlen konnten und die anderen nicht zahlen wollten. Heute - unter der ANC-Regierung - werden Strom und Wasser sofort abgeschaltet und die Boykotteure von einem Tag auf den anderen rausgeschmissen. Selbst unter dem Apartheid-Regime wurde nicht zu solchen Maßnahmen gegriffen. Die alten Kampfstrukturen sind zerschlagen. Positionen im ANC dienen nur noch zur Förderung der eigenen Karriere.

Generalstreik

Die Geduld der Arbeiterklasse mit der ANC-Regierung geht langsam zu Ende. Obwohl die Führung des Gewerkschaftsverbandes COSATU sich mit der ANC-Regierung mittlerweile gut arrangiert, wurde sie auf den Druck ihrer Basis hin gezwungen, im Mai diesen Jahres einen Generalstreik anzurufen, der sich gegen Privatisierung und Stellenabbau richtete.

In den letzten zehn Jahren sind mehr als eine Million Arbeitsplätze vernichtet worden. Die Hälfte davon allein zwischen 1994 und 1999, also unter einer ANC-Regierung. Die Privatisierungs-

pläne haben die vollständige Zerschlagung des gesamten öffentlichen Dienstes zum Ziel. Weitere 100.000 ArbeiterInnen sollen entlassen werden (30.000 von ihnen sofort). Bereits 1999 kam es in Südafrika zum ersten großen Streik im öffentlichen Dienst; ein Streik, der das öffentliche Leben völlig lahmlegte (zu Zeiten der Apartheid war der öffentliche Dienst übrigens weitgehend von Weißen dominiert). Am 10. Mai diesen Jahres standen dann alle Räder still, was noch einmal deutlich machte, dass die Arbeiterklasse die potenziell stärkste Kraft in der Gesellschaft ist. Das Rückgrat der Bewegung waren überwiegend ältere AktivistInnen. Die Jugend, die in den 80er Jahren in vorderster Front stand, hatte sich auf Grund ihrer Enttäuschung in der letzten Zeit zurückgezogen; viele organisierten sich heute in Gangs, um so ihr Überleben zu sichern. Der Generalstreik hat ein neues Kapitel im Kampf der südafrikanischen Arbeiterbewegung gegen das Kapital eröffnet. Die pro-kapitalistische Politik der Regierung wird nicht mehr talentlos hingenommen. Die Suche nach einer politischen Alternative wird zunehmen und damit der Hunger nach neuen Ideen, nach sozialistischen Ideen. Ein kleiner Vorschmack darauf war die Resonanz, auf die die südafrikanische DSM (Democratic Socialist Movement), die Schwesterorganisation der SAV, stieß, deren Informationsstände am 10. Mai regelrecht belagert wurden.

Die Jugend stirbt - die Reichen sehen zu

Mehr als 30 Millionen Menschen sind weltweit mit dem HIV-Virus infiziert, 70 Prozent von ihnen leben im südlichen Afrika. Knapp 20 Millionen sind an AIDS gestorben. In Simbabwe und Südafrika mit einer Infektionsrate von 25 Prozent wird AIDS die Hälfte aller Jugendlichen töten. In Sambia ist die Lebenserwartung von 56 auf 37 Jahre gesunken. Ähnliches gilt für Botswana, Kenia und Mosambik.

Die Unterstützung durch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist auf dem niedrigsten Stand seit 1991. Die AIDS-Etats wurden gekürzt. Die Preise der AIDS-Medikamente sind in Tansania um ein Vielfaches höher als in Kanada. „Die reiche Welt sieht zu: In Kenia dürfen solche Generika nicht gehandelt werden, die USA und Europa haben dies unter Androhung von Handelsboykotten verhindert. Patentrechte haben einen höheren Wert als Lebensrecht“ (Süddeutsche Zeitung vom 8.7.).

Nigeria - Armut in einem an Öl reichen Land

Der tragische Tod von Hunderten von Menschen vor einigen Wochen, durch die Explosion von sechs Ölpipelines verursacht, erinnert an die Katastrophe von 1999, bei der bei einer ähnlichen Explosion über 1000 Menschen umkamen. Einzig und allein die Armut und die Profitgier der Ölkonzerne, die keinen Pfennig in Sicherheit und Infrastruktur der Region investieren wollen, sind dafür verantwortlich, dass Menschen gezwungen sind, in einem ölreichen Land Pipelines anzuzapfen, um überleben zu können. 90 Prozent der nigerianischen Exporterlöse und 80 Prozent des Haushalts stammen aus dem Ölgeschäft im Niger-Delta.

Umweltaktivisten wie Ken Saro-Wiwa und seine sieben Mitstreiter wurden durch die Militärregierung aufgehängt, weil sie gegen die menschen- und umweltfeindliche Politik der Ölkonzerne protestierten. Die Militärs haben zwar formal die Macht inzwischen an eine Zivilregierung abgegeben, aber den Menschen geht es trotzdem nicht besser. Die neue Regierung verspricht zwar die Analphabetenrate von 40 auf

20 Prozent zu senken, den Schulbesuch von 50 auf 90 Prozent und den Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung an einem Beschäftigungsverhältnis von 50 auf 70 Prozent zu steigern. Aber keiner glaubt daran, dass auf kapitalistischer Grundlage solche Versprechen auch eingehalten werden.

Erfolgreicher 5-tägiger Generalstreik

Der Beschluss der neuen Regierung, die Benzin- und Heiz-

ölpreise um 60 Prozent zu erhöhen, zeigte auf wessen Seite sie steht. Viele StudentInnen und die ärmsten Schichten der Bevölkerung in den Städten setzten sich sofort dagegen zur Wehr. Auch Millionen von ArbeiterInnen reagierten, und legten mit einem 5-tägigen Generalstreik vom 8. bis 13. Juni das öffentliche Leben im ganzen Land lahm. Damit zwangen sie die Regierung, die Erhöhung von 60 auf 10 Prozent zurückzunehmen. Wenn die Führung der NLC (Nigerian Labour

Congress) standhaft geblieben wäre, dann wäre es möglich gewesen jegliche Preiserhöhung zu verhindern.

Der Guardian schrieb am 9. Juni: „Das Regierungsviertel sah wie ausgestorben aus. Nur einige hohe Beamte, die ihre Büros abgeriegelt vorfanden, irrten in der Gegend herum.“

In der Vanguard vom 13. Juni hieß es: „Straßen und Autobahnen wurden von Jugendlichen abgesperrt und in ein Fußballfeld verwandelt... Plötzlich kam ein Polizeiauto und hielt hupend vor der Absperrung. Irrend wand ging ein Jugendlicher zu den Polizisten und fragte sie, was sie auf der Straße zu suchen hätten, wenn der NLC doch alle aufgefordert hat, den Verkehr ruhen zu lassen.“ In diesen Tagen entstand vorübergehend eine neue Kraft in der Gesellschaft, die sich von der Regierung nichts mehr sagen ließ, die den Regierungsentscheidungen nicht länger Folge leistete, und entschlossen war, ihre eigenen Vorstellungen durchzusetzen.

Alle religiösen und ethnischen Konflikte, die noch einige Wochen vorher Menschenleben ge-



Gründungskonferenz der Democratic Socialist Movement, Juli 98. Die DSM ist die nigerianische Schwesterpartei der SAV.

September 1980: Militärputsch in der Türkei

Am 12. September 1980 putschte in der Türkei das Militär. Parteien und Gewerkschaften wurden verboten. Die in den 70er Jahren starke und kämpferische Arbeiterbewegung wurde zerschlagen.

Claus Ludwig, Köln

Nach der Machtergreifung herrschte Erleichterung bei den westlichen Regierungen. Paul B. Henze, früherer CIA-Chef in Ankara meinte: „Das Modell Türkei ist nachahmenswert ... Die Türkei wird für diese Staaten im arabischen Raum das werden, was Chile für die lateinamerikanischen Länder ist – ein Hort politischer Stabilität“.

Der Vergleich mit Chile ist angebracht. Ebenso wie beim Putsch General Pinochets 1973 ging es nicht um „Ruhe und Ordnung“ und darum „Gewaltakte auf beiden Seiten der Extremen des politischen Spektrums gleichermaßen zu verfolgen“, wie die regierungsnahe „Bundeszentrale für politische Bildung“ noch 1989 behauptete, sondern um die Unterdrückung der Arbeiterbewegung und der linken Opposition. 500 Menschen wurden direkt nach dem Putsch hingerichtet. 100.000 Linke und Gewerkschafter verschwanden in den Gefängnissen. Amnesty international bilanzierte 1988: „Seit 1980 sind in der Türkei mehr als eine Viertelmillion Menschen aus politischen Gründen in Haft genommen worden. Gefoltert wurden sie fast alle.“

Forderungen des IWF

November 1979 hatte Süleyman Demirel von der konservativen Gerechtigkeitspartei die Regierung übernommen. Er versuchte die Forderungen des IWF und der westlichen Konzerne durchzusetzen. Die vom IWF geforderte Abwertung der türkischen Lira und die Lohnkürzungen bedeuteten, dass das Einkommen der Mehrheit der Arbeiter und Bauern auf einen Schlag unter das Existenzminimum fiel. Dies führte zur Rebellion. Massenstreiks waren an der Tagesordnung.

Demirel bereitete die Diktatur vor. Mehrere Hundert wegen Mordes verurteilte Faschisten „flohen“ mit Hilfe der Polizei aus dem Gefängnis. In den ersten sechs Monaten von Demirels Amtszeit wurden 1500 Menschen bei politischen Anschlügen – die meisten gehen auf das Konto der faschistischen MHP – getötet. Die sozialdemokratische Oppositionspartei CHP schrieb: „Theoretisch ist die Türkei ein demokratisches Land, in welchem aber die elementaren Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Die Folter sind die Sicherheitskräfte dieses Staates. Die jetzige Gerechtigkeitspartei und ihre Regierung haben die Annäherungsphase an die faschistische MHP schon längst beendet. Sie sind die MHP!“.

Doch auch diese Bürgerkriegsmethoden konnten der Arbeiterbewegung nicht das Rückgrat brechen, sondern beschleunigten nur die wirtschaftliche Lähmung und den Zerfall des Landes. Anfang September befanden sich 240.000 Arbeiter im Streik. Für die Umsetzung der Forderungen von IWF und NATO bedurfte es einer Machtübernahme der Militärs und des Verbots sämtlicher linker und Arbeiterorganisationen.

Deutsche Waffen

Als im Frühjahr 1980 längst klar war, dass die bewaffneten Konflikte in der Türkei eskalieren würden, lieferte die SPD-FDP-Regierung 60 Leopard-A-1-Panzer, die im September eingesetzt wurden. Das erste internationale Abkommen der Militärs war ein Vertrag mit der Bundesrepublik über Polizeihilfe im Wert von 15 Millionen Mark.

Mit dem Beginn des bewaffneten Aufstandes in Kurdistan wurde die deutsch-türkische Zusammenarbeit intensiviert. Nach Gesprächen mit Bundeskriminalamt und der Elite-Truppe GSG 9 stellte die Türkei Spezialeinheiten für den Einsatz in Kurdistan auf, die „Schwarzen Käfer“, die für ihre Grausamkeit gegenüber der Zivilbevölkerung bekannt wurden.

Heute diskutiert die Regierung Schröder-Fischer, dass die Türkei den neuen Kampfpanzer Leopard II erhalten soll, in einer Situation, in der das türkische Militär den Ausnahmezustand in den kurdischen Provinzen aufrechterhält und immer wieder auf irakisches Territorium vorstößt.

Aufstieg der Arbeiterbewegung

Erst in den 60er Jahren, aber ungeheuer dynamisch entwickelte sich die Arbeiterbewegung in der Türkei. Mit der Gründung von DISK (Konföderation der revolutionären Arbeitergewerkschaften) 1968 entstand erstmals eine vom Staat unabhängige Gewerkschaft. Schnell verbreiteten sich Streiks, Landbesetzungen und Studentenbewegungen. Zwischen Juni 1970 und Februar 1971 waren 130 Fabriken besetzt oder bestreikt.

Wirtschaftlich war die Türkei immer noch der „kranke Mann am Bosphorus“ wie schon das Osmanische Reich. Die türkischen Kapitalisten waren schwach, abhängig vom ausländischen Kapital. Sie waren eng mit dem Großgrundbesitz verknüpft, sie konnten keine umfassende Landreform – die Verteilung des Landes an Millionen armer Bauern – zulassen. Sie wollten die erkämpften Lohnerhöhungen wieder rückgängig machen.

Ein Militärputsch im März 1971 konnte die Arbeiterbewegung und die Linke zwar durch Verbote und Gefängnisstrafen bremsen, aber nicht zerschlagen. DISK war trotz Verbot weiter aktiv. Schon 1973 gab es den nächsten Aufschwung der Arbeiterkämpfe.

Die frühere Staatspartei CHP (Republikanische Volkspartei) war keine Arbeiterpartei, sondern eine Partei der städtischen Mittelschichten. Doch sie war nach links gegangen und versprach, die Macht der Großgrundbesitzer zu beseitigen und den Lebensstandard der Arbeiter zu heben.

1977 erzielte die CHP einen Erdrutschsieg. Der Wahlkampf war stark polarisiert und von Landbesetzungen durch arme Bauern begleitet worden. Arbeiter und Bauern erwarteten von der CHP, dass sie die Wirtschaftskrise beenden und gegen die faschistischen Provokationen vorgehen würde. In großartigen Mobilisierungen hatte die Arbeiterbewegung ihre Kraft bezeugt. Trotz Verbot feierten 1976 eine halbe Million Arbeiter den 1. Mai in Istanbul, 1977 waren es 1 Million.

Die Reform-Ankündigungen der CHP hatten die in- und ausländischen Kapitalisten zu Gegenreaktionen veranlasst. Sie hielten Investitionen und Kredite zurück. Die CHP-Regierung ging nicht dagegen vor, sie beließ die wirtschaftliche Macht in den



Armeeeinheiten durchkämmen Izmir nach der Niederschlagung des städtischen Generalstreiks im März 1980.

Händen der Kapitalbesitzer und Feudalherren. Sie verhinderte linke Mobilisierungen gegen die Faschisten. Ihr Versagen, der wachsende Terror und das Hin einschüldern in die wirtschaftliche Katastrophe führten 1979 zur Wahl der rechten Regierung unter Demirel.

Mit Hilfe des CIA und der NATO hatte die herrschende Klasse der Türkei seit dem Aufschwung der Arbeiterbewegung in den 60er Jahren Gegenmaßnahmen vorbereitet. Die Grauen Wölfe, rechte Terrorkommandos, wurden systematisch zum Aufbau der „Konter-Guerilla“ herangezogen und waren für Überfälle auf Linke, Gewerkschafter, Kurden oder kritische Journalisten zuständig. Die türkischen Faschisten ermordeten allein von 1977 bis 1980 fast 4000 Menschen. CHP-Regierungschef Ecevit meinte damals: „Der faschistische Terror hat sich zum Massenterror ausgeweitet“.

(Ecevit ist übrigens heute wieder Regierungschef, in einer Koalition mit der MHP). Die Faschisten bereiteten vor allem von 1978 bis 1980 den Boden für die Machtübernahme der Militärs. Sie haben in der Türkei nie die Perspektive gehabt, selbständig die Macht zu ergreifen und ihr Regime zu errichten wie die deutschen Nazis 1933. Aber sie spielten – und spielen heute – eine zentrale Rolle als Hilfstuppe der Kapitalisten, um die Arbeiterbewegung zu terrorisieren.

Fehler der Linken

Während sich die herrschende Klasse als skrupellos erwies und die Rückendeckung der imperialistischen Mächte hatte, wurden auf Seiten der Linken große Fehler gemacht. Die DISK-Führung ließ ihre Basis über die CHP im Unklaren. Sie mobilisierte zu deren Unterstützung, ohne eine Perspektive zu entwickeln, wie der Kapitalismus in der Türkei gestürzt werden könnte. Die enorme Kampfbereitschaft wurde nicht zusammengefasst, sondern verpuffte immer wieder.

Im Frühjahr 1980 zeigte sich beispielhaft die Strategie von DISK. Nach der Zerschlagung der Besetzung der TARIS-Textilfabrik durch Polizei und Militär kam es in Izmir zu einem Generalstreik. Doch DISK bedeutete diesen Streik. Immer wieder streikten die Arbeiter im ganzen Land, doch die Bewegung strebte keinem Höhepunkt zu, blieb regional oder betrieblich vereinzelt. Die Arbeiter brachten enorme Opfer, aber sie kamen nicht vorwärts.

Hintergrund dieser Strategie der reformistischen Kräfte ist ihr Glauben, es gäbe einen fort-

schriftlichen Teil des türkischen Kapitals und es wäre ihre Aufgabe, die Arbeiterbewegung zu stärken, um die „fortschrittlichen Kapitalisten“ zu einem Bündnis zu bewegen und die Türkei aus der Abhängigkeit vom Imperialismus zu führen. Doch schon längst hatte sich die herrschende Klasse insgesamt für eine blutige, reaktionäre Lösung entschieden.

Links von der CHP und der DISK-Führung waren eine Reihe von Parteien wie Dev-Yol, TKP oder TKP-ML entstanden, die viele Zehntausend Aktivist*innen organisierten. Die meisten hatten sich – beeindruckt von der Erfolge der chinesischen und kubanischen Revolutionen – eine stalinistisch-maoistische Theorie angeeignet. Auch sie teilten die Illusionen der Reformisten, dass nicht der Sozialismus der einzige Weg vorwärts für die Türkei wäre, sondern es eine Zwischenstufe gäbe, ein Bündnis mit „fortschrittlichen“ Kapitalisten.

In den 70ern verbreiteten die revolutionären Gruppen in den Gewerkschaften kämpferische Parolen, aber kümmerten sich nicht um den Aufbau einer einheitlichen Linken, die im Gegensatz zur DISK-Führung einen konsequenten Kurs einschlagen würde.

Viele der Gruppen hingen auch maoistischen Guerilla-Ideen an, verwickelten sich in bewaffnete Auseinandersetzungen mit dem Staat und boten diesem Vorwände für weitere Unterdrückungsmaßnahmen. Ihre politischen Unterschiede untereinander waren sehr gering, doch gerade das führte zu einer großen Konkurrenz, die auch gewaltsam ausgetragen wurde.

Viele Revolutionäre kämpften heldenhaft gegen die Grauen Wölfe. Aber auch hier gab es große strategische Schwächen. Anstatt einheitliche antifaschistische Komitees aller Parteien, Gewerkschaften und unorganisierter Arbeiter zu schaffen und diesen in den Stadtteilen, Unis und Fabriken eine breite, demokratische Grundlage zu geben, schuf oftmals jede Organisation ihr „eigenes“ Komitee und führte einen Kleinkrieg gegen die Faschisten.

Mehr und mehr Arbeiter sahen, dass sie immer weiter verarmten, dass ohne Perspektive gestreikt wurde und die Gewalt zunahm. Am Ende sahen große Teile der Bevölkerung den Militärputsch mit einer gewissen Erleichterung, weil die Situation zuvor nur noch als Chaos gesehen wurde.

Ein weiterer Fehler der türkischen Linken sollte sich als schwerwiegend erweisen. Die meisten Gruppen vertraten ke-

malistische Ideen, das heißt, sie gingen von einer unteilbaren Türkei aus. Sie verurteilten zwar die Unterdrückung der Kurden, aber lehnten deren Forderung nach einem unabhängigen Kurdistan ab. Sie verlangten, die Kurden sollten unter der Führung der türkischen Linken kämpfen. Als Gegenreaktion entstand eine eigenständige kurdische Linke, die größte Gruppe wurde später die PKK, die wiederum den Fehler machte, den gemeinsamen Kampf der kurdischen und türkischen Arbeiter und Bauern zu vernachlässigen und eine Bewegung auf nationaler Grundlage aufzubauen. Das bot dem türkischen Staat in den 80er und 90er Jahren Chancen, die Bewegungen zu spalten, den Nationalismus erneut zu stärken und die kurdische Befreiungsbewegung in die Niederlage zu treiben.

Wiederaufbau

Der Putsch von 1980 war eine der schwersten Niederlagen der Arbeiterbewegung der Nachkriegszeit im internationalen Maßstab. Noch immer hat sich die Linke in der Türkei nicht vollständig davon erholt.

Die Türkei ist wirtschaftlich noch immer der „kranke Mann“. Der Lebensstandard sinkt seit Mitte der 90er Jahre, keins der Probleme der Unterentwicklung ist gelöst. Die rechten Mörder der 70er Jahre sitzen heute für die Regierungspartei MHP im Parlament. Nach Jahren wirtschaftlichen Niedergangs, einer Reihe nicht erfolgreicher Abwehrkämpfe gegen Sozialabbau und nach dem verheerenden Erdbeben von Izmit 1999 herrscht in der arbeitenden Bevölkerung eine niedergedrückte Stimmung.

Doch immer wieder hat die Arbeiterklasse in der Türkei ihren Mut und ihre Fähigkeit bewiesen zu kämpfen. Das haben die großen Bewegungen der Bergarbeiter von Zonguldak 1991 und der öffentlich Bediensteten von 1993 und 1995 gezeigt, welche Privatisierungen und Sozialkürzungen zumindest verzögern konnten. Doch die Führung der Gewerkschaften hat sich nicht getraut, eine wirkliche Mobilisierung der Mitgliedschaft durchzuführen. Sie beschränkte sich auf symbolische Demonstrationen.

Eine neue Generation der türkischen und kurdischen Sozialisten wird aus den Fehlern der vergangenen Jahre die Schlussfolgerungen ziehen müssen, um eine wirklich revolutionäre Partei aufzubauen, die sich in der arbeitenden Bevölkerung verankert und eine Perspektive für eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft aufzeigt.



US-Wahlen: Linker Kandidat

„In den USA gibt es nicht zwei Parteien, sondern nur eine Partei“, sagte der Filmmacher Warren Beatty, der selbst zum Establishment gehört. In der Tat sind Personen und Programme von Demokraten und Republikanern austauschbar. Doch zum ersten Mal seit 1924 wird dieses „Zwei-Parteien-System“ durch einen populären linken Gegenkandidaten erschüttert. Der Verbrauchernachwache Ralph Nader liegt in den Umfragen bei mehr als fünf Prozent. Nader vertritt weder sozialistische noch antikapitalistische Ideen, er kandidiert für die Grünen. Aber er hat sich in den letzten Jahrzehnten als Verfechter von Gewerkschaftsrechten und Umweltinteressen einen Namen gemacht. Während des Wahlparteitages der Republikaner in Philadelphia trat er beispielsweise auf einer Demonstration von 3000 TeilnehmerInnen auf, die ein kostenloses staatliches Gesundheitssystem forderten.

Bauer gegen Globalisierung

In Südfrankreich wurde der Bauer Josce Bove zum Volksheld. Nachdem er öffentlich gegen den Einfluss der multinationalen Konzerne aufgetreten war und eine McDonald's-Filiale beschädigt hatte, demonstrierte in Millau, Aveyron, 40.000 am Tag der Gerichtsverhandlung im Juli. Am Vortag hatten bereits 100.000 an einem Solidaritätskonzert teilgenommen. Bove nannte den Prozess „Seattle in Aveyron“ in Anlehnung an die Proteste beim Gipfeltreffen der WTO (Welthandelsorganisation) in Seattle Ende letzten Jahres.

Massenprotest in Kolumbien

Am 3. August streikten Hunderttausende in Kolumbien gegen das Regime unter Pastrana. Das war bereits der sechste Generalstreik seit Pastranas Regierungsantritt vor zwei Jahren. Während die Stadtbevölkerung mit Massenarbeitslosigkeit und Hungerlöhnen konfrontiert ist, rüsten auf dem Land paramilitärische Einheiten, finanziert durch kolumbianische Regierung und USA, um den Widerstand der linken Guerillaorganisationen zu brechen. Wie auch in Peru eine Woche zuvor richten sich die Proteste in Kolumbien gegen den neoliberalen Kurs und gegen die Aushebelung demokratischer Rechte unter den Präsidenten Fujimori und Pastrana.

Big Browser

In Britannien hat das Parlament ein Gesetz zur Überwachung des gesamten Internetverkehrs beschlossen, angeblich zur Bekämpfung der Cyberkriminalität. Die Betreiber müssen eine so genannte Black Box anschließen, über die der gesamte Datenverkehr zum Beispiel nach Schlüsselwörtern durchsucht wird. Verschlüsselte Daten werden nicht übertragen, außer man gibt sein Passwort heraus. Wer sein Passwort vergessen hat, hat ein Problem: Bis zu zwei Jahren Gefängnis drohen. Es sei denn man kann beweisen, dass man es vergessen hat.

Was will die SAV?

Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Weltwirtschaft weitet sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreit fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand

Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz und Sozialabbau, Umweltzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV

Die Sozialistische Alternative – SAV wurde 1994 um die sozialistische Zeitung VORAN gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive AntifaschistInnen, kritische GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen, linke SPD- und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, dass gewählte Vertreter nicht mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

Solidarität

Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen, die Massen der arbeitenden Bevölkerung gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im Komitee für eine Arbeiterinternationale zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Neue sozialistische Arbeiterpartei

Die SPD/Grünen-Bundesregierung hat unter Beweis gestellt, dass sie die Macht und die Herrschaft der Banken und Konzerne nicht in Frage stellt,

sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Superreichen ausrichtet. Die Krise der Marktwirtschaft wird auch unter der Schröder/Fischer-Regierung auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt. Sozialabbau und Privatisierungen auf der einen Seite und Steuergeschenke an die Unternehmer auf der anderen Seite sind auch nach dem Regierungswechsel an der Tagesordnung geblieben. Einen Politikwechsel hat es nach dem Regierungswechsel nicht gegeben. Neu ist nur, dass Deutschland wieder Kriege führt. Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus

Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft, in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.

Wofür wir kämpfen:

Arbeit für Alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege – Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern, die sich in den Taschen der Superreichen befinden
- ★ Verteilung der Arbeit auf Alle 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 2000 Mark netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung und der SPD/Grünen Koalition
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraph 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr

Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen
- ★ Keinen Fußbreit den Nazis
- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

Abrüstung jetzt

- ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stopp von Rüstungsexporten
- ★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und Runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“, nein zur Europäischen Währungsunion

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung. Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen
- ★ Statt Produktion für den Profit – Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

Berlin, 23. September: Demo der Gewerkschaftsjugend

Laot Bundesanstalt für Arbeit wurden 1999 in den neuen Bundesländern nur 48 Prozent aller Jugendlichen nach der Ausbildung übernommen. In den alten Ländern sieht es bei einer Übernahmequote von 60 Prozent auch nicht viel besser aus...



Schluss mit der Politik für Banken und Konzerne

Seattle war erst der Anfang: Eine internationale antikapitalistische Bewegung aufbauen

Auf zur Demonstration der Gewerkschaftsjugend für Bildung & Ausbildung

23. September

15.00 Uhr – Schloßplatz Berlin



Plakate (DIN A2) können über die Redaktion bestellt werden

Bundeskonferenz der SAV Köln 8.-10. Dezember

Themen:

- ⇒ Situation und Perspektiven in Deutschland
- ⇒ Perspektiven für die Jugend & unsere Jugendarbeit
- ⇒ Der Aufbau der SAV
- ⇒ Bericht aus der Internationalen

Ich melde mich zur SAV - Bundeskonferenz 2000 an:

Name: _____ Ort: _____

- Ich benötige Kinderbetreuung für ___ Kinder im Alter von ___ Jahren
- Ich möchte vegetarisches Essen bestellen

Anmeldung

bis 17. November an die SAV-Bundeszentrale: Littenstr. 106/107, 10179 Berlin

für Kinderbetreuung wird gesorgt!

Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

Aachen

OG Ost: Dienstags, 19 Uhr im SAV-Büro, Eifelstr. 13
OG Nord: Mittwochs, 19 Uhr im SAV-Büro, Eifelstr. 13
OG West: erfragen im SAV-Büro OG Mitte/Süd: Mittwochs, 19 Uhr Ché-Haus, Pontstr. 41
Infos unter Tel. (02 41) 50 86 85 im SAV-Büro, Eifelstr. 13, e-mail: savaachen@aol.com

Berlin

OG Treptow-Köpenick: Mittwochs 19 Uhr, Selbsthilfzentrum, Fennstr. 31, (S-Bahn Schöneweide)
OG Prenzlauer Berg: Montags 19 Uhr, Kiez-Club, Jablonski Str. 26, (S-Bahn Prenzlauer Allee)
Infos unter Tel. (0 30) 4 40 84 29 im SAV-Büro

Bremen

Dienstags, 19 Uhr, Jugendfreizeitzentrum Friesenstr. 110
Infos: Tel. (0421) / 5 57 68 97, e-mail: savbremen@nord-com.net

Bremerhaven

Infos unter Tel. (030)24723802 bei der SAV-Bundeszentrale

Dresden

Infos unter Tel. (030) 24723802 bei der SAV-Bundeszentrale

Freiburg

Sonntags, 18 Uhr, SAV-Büro, Krozinger Str. 58.
Infos unter (0761) 4 16 32 oder www.SAV-Freiburg-Online.de

Hamburg

Sonntags, 19 Uhr, Kölibri, H.-Köllisch-Platz S-Bahn Reeperbahn e-mail: savhamburg@gmx.de
10.9. Tagesseminar: Gegen Nazis & Kapitalismus; Faschismusanalyse von Leo Trotzki
Beginn 14.30 Uhr

Kassel

Montags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12,
Infos unter: (05 61) 9 22 35 22

Kiel

Infos unter Tel. (030) 24723802 bei der SAV-Bundeszentrale

Köln

OG Innenstadt: Dienstags, 20 Uhr Allerweltschule, Körnerstr. 77-79
OG Kalk: Donnerstags, 19.30 Uhr, „Humboldt-Eck“, Kantstr./Ecke Wiersbergstr. (U-Bahn Kalk Kapelle).
Infos unter Tel. (0221) 8306381

Rostock

Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstr. 92 (Eingang über Grüner Weg)
Infos unter Tel. (03 81) 49965 90 im SAV-Büro e-mail: savrostock@aol.com

Siegen

Mittwochs, 19 Uhr im Nordafrikanischen Verein, Frankfurter Str. 82, (Nähe Löhrtor)

Stuttgart

Mittwochs, 19.30 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9,
Infos unter Tel. (0711) 2 4 24 42

Sonstige

Kontakt zu folgenden Städten Cottbus, Darmstadt, Duisburg, Essen und Frankfurt/Main über die SAV-Bundeszentrale, Tel. (030) 24723802.

Leserbrief

“Sucht Euch Jobs im Westen!”

Dies war die zynische Forderung des Bundeswirtschaftsministers Werner Müller im Berliner Kurier vom 23. April.

Ich war auch bereit dazu, aus Berlin wegzuziehen, um in einer anderen Stadt eine Anstellung als gelernte Tierwirtin zu finden. Aber ich erhielt jede Menge Ablehnungen. Von einer Schweinefarm bei Hamburg bekam ich den Kommentar zu hören, wenn ich mit 30 Jahren noch ledig bin, werde ich mich mit den anderen Jungesellen auch nicht verstehen. Dann bei einem Angebot in Gießen wollten sie für 1000 Mark netto Vollzeitarbeit und Wochenenddienst im Milchkuhstall.

Den größten Teil der Ablehnungen bekam ich, weil ich noch keine Langzeitarbeitslose bin oder weil ich keinen Führerschein besitze. Zuschüsse vom Arbeitsamt für eine Fahrerlaubnis gibt es nur bei Zusage des Arbeitgebers, dass er dich dann auch wirklich einstellen wird. Das macht natürlich fast keinen Unterschied. Ähnlich ist es auch bei den Umzugskosten. Man kann die Sache deren und wenden wie man will, es ist keine vernünftige Arbeit zu bekommen.

Katrin Wegener, Berlin

Impressum
VORAN
Littenstr. 106/107, 10179 Berlin
Telefon: (030) 24723802,
Fax (030) 24723804,
e-mail: savbund@t-online.de
Internet: www.SAV-online.de

Überregionale marxistische Monatszeitung – Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Sascha Stanicic
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Bankverbindung:
Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto 2500 59-430

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23. August
Die nächste VORAN erscheint am 2. Oktober

Der Kampf ist international

Demo gegen IWF-Gipfel Macht Prag zu Seattle!

Tausende von DemonstrantInnen erwarten die tschechischen Behörden zur Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank in Prag. Die Herbsttagung, die zum ersten Mal in einem osteuropäischen Land stattfindet, ist vom 26. bis 28. September angesetzt.

„11.000 Polizisten sollen, unterstützt von der US-amerikanischen Bundespolizei FBI, aufgeboten werden. Für umgerechnet eine Million Mark kaufte die Polizei neue Helme und Schilde für spezielle Eingreiftruppen. SchülerInnen und Studierende erhalten Sonderurlaub. Touristen und Stadtbevölkerung werden aufgefordert, Prag Ende September zu verlassen“, schildert Vasek Votruba von Socialisticka Alternativa Budoucnost (der tschechischen Schwesterorganisation der SAV) die Vorbereitungen unter der sozialdemokratischen Regierung.

„Für die Tschechen ist das eine wichtige Sache. Ich denke nicht, dass sie sich von ein paar potenziellen Gewalttätigern in die Suppe spucken lassen“, prahlte der IWF-Sprecher Bill Murray. Diese „paar potenziellen Gewalttäter“ werden Tausende von Jugendlichen und eine große Zahl von Gewerkschaftsaktivisten aus allen Teilen Europas sein. Zu den Organisatoren gehören „Jubilee 2000“ und „Earth First“. „Unser Protest richtet sich gegen die Institutionen der kapitalistischen Großbanken und multinationalen Konzerne unter der



Dominanz des US-Kapitals“, so Vasek Votruba.

Auch Rot-grün mischt kräftig mit bei der Ausplünderung der „Dritten Welt“ und bei einer Politik, die nicht die Armut sondern die Armen bekämpft. So wurde die Entwicklungshilfe der BRD

„Unser Traum ist eine Welt frei von Armut“
Inscript am Eingang der Weltbank-Zentrale
in Washington, USA

im Haushalt 2000 um 600 Millionen Mark gekürzt. Besonders unruhlich ist die Tatsache, dass der geschäftsführende Direktor des IWF der langjährige Vertraute Kohls, Horst Köhler, ist, dem mit Hilfe von Schröder und Fischer zu seinem Amt verholfen wurde. „Unser erklärtes Ziel ist es, Seattle nach Prag zu tragen. In Seattle waren

im letzten November 50.000 gegen den Gipfel der Welthandelsorganisation (WTO) auf die Straße gegangen. Nach den Mobilisierungen in Seattle und Washington hatten die Repräsentanten nicht einmal in diesem Sommer Ruhe, als sie sich zu ihrem G8-Gipfel auf das japanische Okinawa zurückziehen wollten“ erklärt Vasek Votruba. Auch in der Türkei waren mehrere tausend ArbeiterInnen und Bauern gegen IWF und Sparprogramme auf den Beinen, 5000 nahmen an einem Sternmarsch auf die Hauptstadt Ankara teil.

Die Proteste richten sich gegen Neoliberalismus und Ausbeutung der unterentwickelten Länder. Zentrale Forderung ist ein Schuldenerlass für die „Dritte Welt“. Immer mehr TeilnehmerInnen verstehen, dass es sich nicht um Fehler im System handelt, sondern dass das kapitalistische System selbst

der Fehler ist. IWF, WTO und Weltbank gehören nicht reformiert, sondern abgeschafft!

Wie viel von den salbungsvollen Worten der Kapitalisten zu halten ist, zeigt ein Rückblick auf den Kölner Gipfel vor einem Jahr. Damals hatten die USA versprochen, 600 Millionen US-Dollar locker zu machen; doch seitdem gab es keinen einzigen Cent. Ergebnis der „Entwicklungshilfe“ unter Federführung von IWF und Weltbank sind mehr als 2400 Milliarden US-Dollar Schulden der ehemaligen Kolonialländer gegenüber den führenden imperialistischen Staaten. Heute müssen die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas beinahe zehnmal soviel für Zinsen und Schuldentilgung an den Westen zahlen als sie an „Hilfe“ erhalten. Nichts anderes blüht Osteuropa, das Ende des Monats mit Prag Tagungsort des IWF- und Weltbank-Gipfels sein wird. Die Reformen dieser Institutionen sind keine bitteren, sondern giftige Pillen.

Die internationale Gegendemonstration in Prag ist für Dienstag, den 26.9. angesetzt. Eine weitere Demo soll bereits am Samstag, den 23.9. stattfinden. Die Sozialistische Alternative wird sich gemeinsam mit der Socialisticka Alternativa Budoucnost und den anderen Schwesterorganisationen vom Komitee für eine Arbeiterinternationale an den Protesten in Prag beteiligen.



TeilnehmerInnen der Sommerschulung des CWI in Belgien.

Sozialismus weltweit erkämpfen!

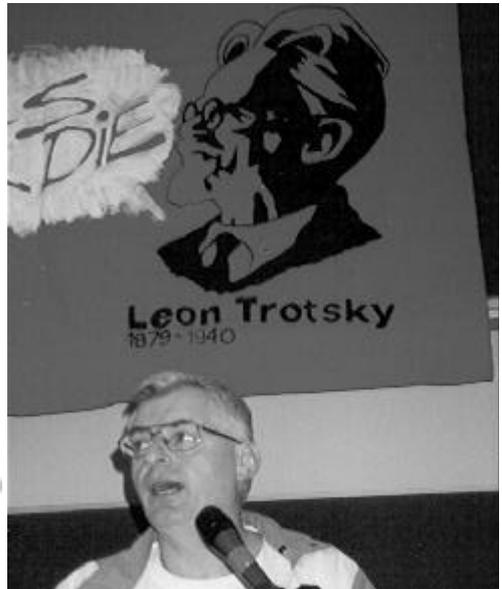
„Tausende Kilometer entfernt, auf der anderen Seite des Erdballs, haben wir natürlich die Arbeit unserer Schwesterorganisationen regelmäßig verfolgt. Aber erst jetzt ist mir die Stärke der Internationale wirklich klar geworden. Ich bin völlig begeistert davon, dass wir in den verschiedensten Teilen der Welt für die gleiche Sache aktiv sind“ (Zachary Wright, 19 Jahre junge Studentin an der Universität von LaTrobe in Melbourne, Australien).

Beinahe 250 SozialistInnen aus mehr als zwanzig verschiedenen Ländern nahmen im Juli an der Europäischen Sommerschulung des Komitees für eine Arbeiterinternationale (KAI, engl. CWI) in Leuven, Belgien, teil. Unter den TeilnehmerInnen waren auch Mitglieder aus den USA, Australien, Israel und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Perspektiven für die Weltwirtschaft und für die europäische Arbeiterbewegung, sowie die Aufgaben von SozialistInnen beim Aufbau neuer Massenparteien der Arbeiterklasse. Francois Vercaemmen, ein führendes Mitglied vom Vereinigten Sekretariat

der IV. Internationale (VS), einer anderen sozialistischen Organisation, nahm an einer Diskussion über Programm und Politik für eine revolutionär-sozialistische Internationale teil, bei der die Differenzen zwischen dem VS und dem CWI deutlich wurden. Bei der Veranstaltung zum 60. Jahrestag der Ermordung des russischen Revolutionärs Leo Trotzki traten Mark Golowiznin, enger Mitarbeiter des kürzlich verstorbenen Historikers Vadim Rogowin, und Peter Taaffe, Generalsekretär der Socialist Party in England und Wales, als Redner auf, moderiert von Joe Higgins, irischer Parlamentsabgeordneter für die Socialist Party. Auf einer weiteren Veranstaltung wurde über die erfolgreiche Arbeit der Democratic Socialist Movement, der Schwesterorganisation der SAV in Nigeria, berichtet, die in diesem Sommer während des Generalstreiks in Lagos und einer Reihe von anderen Städten eine maßgebliche Rolle spielte. Beim Spendenappell für die nigerianischen GenossInnen wurden umgerechnet 1150 Mark gesammelt. Für den „Trotzki-Erinnerungsfonds“ kamen Spenden in Höhe von 33.000 Mark zusammen, um die weitere Arbeit des CWI zu finanzieren.



Weltweit gegen die Konzerne: Protest beim G8-Treffen in Okinawa, Japan, 20. Juli 2000. Foto: Independent Media Center, USA.



Joe Higgins, Abgeordneter im Irischen Parlament, bei der Veranstaltung zum Gedenken an den russischen Revolutionär Leo Trotzki.

VW Südafrika Arbeiter brauchen weiter Solidarität

Wie bereits in der VORAN Nr. 215 vom Mai/Juni 2000 berichtet, hatte VW im Februar diesen Jahres im Werk Uttenhagen, Südafrika, 1300 Beschäftigte entlassen. Seitler kämpfen die Entlassenen um ihre Wiedereinstellung. Die südafrikanische Metallergewerkschaft NUMSA, der Gewerkschaftsverband COSA-TU, der Gesamtbetriebsrat und die IG Metall stehen in diesem Konflikt offen auf Seiten des Managements. Begleitet von täglichen Großveranstaltungen der Entlassenen, ihrer Familien und breiter Schichten der Bevölkerung sowie internationaler UnterstützerInnen und BeobachterInnen begann Ende Mai ein Schlichtungsverfahren. Dieses erste Schlichtungsverfahren brachte die Betroffenen nicht zurück in den Betrieb. Die wegen der gerichtlichen

Auseinandersetzung vorenthaltene Arbeitslosenunterstützung muss jedoch bezahlt werden. Die Verhandlungen bestätigten, dass die Kolleginnen und Kollegen aus politischen Gründen gefeuert wurden. Gewerkschaftsfunktionäre von NUMSA hatten ohne Zustimmung der Belegschaft eine Betriebsvereinbarung unterschrieben, wonach für einen großen Exportauftrag nach Europa Pausen wegfielen, Zusatzschichten eingeführt und absolute Ruhe im Betrieb garantiert wurde.

SAV-Mitglieder haben in den letzten Monaten Unterschriften gegen die Entlassungen und 315 Mark Spenden für die Streikkasse gesammelt. Die SAV organisierte unter anderem eine Solidadresse von Joe Higgins, irischer Parlamentsabgeordneter der Socialist Party, der Schwe-

sterpartei der SAV. Skandalöserweise macht sich die taz in ihrer bisherigen Berichterstattung zum Sprachrohr der VW-Bosse. Neue Infos aus Sicht der Betroffenen stehen regelmäßig im Internet unter www.labournet.de. Da der Kampf noch nicht beendet ist, fordern wir nochmals auf, beim VW-Vorstand in Wolfsburg und beim Weltbetriebsratsvorsitzenden Klaus Volkert zu protestieren und Solidaritätsadressen an die Betroffenen zu schicken.

Protestschreiben an den Vorstand der Volkswagen AG, 38436 Wolfsburg, Fax 05361/928282. Klaus Volkert, Fax 05361/975255. Solidadressen an VWSA, Crisis Committee South Africa, Fax/TeL 0027-41-9228691 oder aagulas@telkomsa.net

Komitee für eine Arbeiterinternationale
Die SAV ist Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale (KAI, engl. CWI – Committee for a Workers' International). Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität.

Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Adresse: CWI, PO Box 3688, London E11 1YE, GB
Tel.: 0044 20 8558 5814
Fax: 0044 20 8988 8793
E-Mail: inter@dircon.co.uk
website: www.worldsocialist-cwi.org



Nazis stoppen

Arbeit Bildung Zukunft



Demonstration für Bildung und Ausbildung: Berlin, 23. 9. (siehe S. 10)

Die Nazis müssen hier und jetzt gestoppt werden. Deshalb ruft die SAV zusammen mit anderen Organisationen zur Demonstration gegen die NPD-Zentrale auf. Gleichzeitig muss der soziale Kahlschlag bekämpft werden.

Keine Ausbildung, keine Arbeit, kein Geld, keine Perspektive – so sieht das Leben für eine große Zahl Jugendlicher in Deutschland aus. Und selbst wer heute noch Arbeit hat, weiß nicht ob er nicht doch schon morgen wieder den Gang zum Arbeitsamt antreten muss. Mangels Alternative fällt ein Teil der Jugendlichen auf die Scheinlösungen der braunen Rattenfänger herein.

Wird die Bundesregierung, werden die Regierenden in den Kommunen und Ländern jetzt endlich die sozialen Probleme anpacken? Offensichtlich nicht. Das Gegenteil ist sogar der Fall. Sie halten stur an der Politik fest, die in den letzten zehn Jahren den Nazis den Boden berei-

tet hat: Statt Arbeitsplätze zu schaffen, werden selbst bei den Betrieben, die noch in öffentlicher Hand sind, bei der Bahn, bei kommunalen Einrichtungen, für die Privatisierung Arbeits- und Ausbildungsplätze geopfert.

In Städten und Dörfern schließen die Regierenden weiter Jugendclubs und städtische Freizeitzentren, erhöhen die Eintrittspreise für Schwimmbäder. Bus- und Bahnlinien von den kleineren Orten in die Städte werden stillgelegt. Aus Mangel an bezahlbaren Freizeitangeboten kommt bei den Jugendlichen zu dem Frust noch die Langlei-

Die Bundesregierung verschärft die soziale Ungerechtigkeit. Reiche profitieren von der Steuerreform, Sozialhilfeempfänger müssen sich mit Gebrauchtmeubeln und Bekleidung aus zweiter Hand zufrieden geben.

In den letzten Jahren wurden mehrfach Obdachlose von Nazis ermordet. Im Rahmen der allgemeinen Diskussion der vergangenen Wochen zeigen auch Regierungspolitiker medienwirksam „Betroffenheit“. Aber gegen den Skandal, dass Menschen auf der Straße schlafen müssen, dass im nächsten Winter, wie in den Jahren zuvor, wahrscheinlich wieder Obdachlose in der Kälte erfrieren werden, gegen diesen Skandal tun sie nichts – das würde ja Geld kosten.

Während sie einerseits betonen, wie wichtig politische Aufklärung über die Gefahr von Rechts sei, fällt an den Schulen Politikunterricht aus, weil zu wenig Lehrer eingestellt werden. Sie finden es „nicht hinnehmbar“, wenn Nazis Ausländer verprügeln und stecken selber Ausländer in Abschiebekästen und schicken sie gewaltsam in Folterstaaten zurück.

Die Fortsetzung der verlogenen, heuchlerischen Politik der vergangenen Jahre, egal von welcher der etablierten Parteien sie

gerade durchgeführt wird, wird über kurz oder lang die Nazis noch stärker wachsen lassen, wenn keine linke Alternative angeboten wird.

Die sozialen Probleme und die Nazis sind in Ostdeutschland zwar besonders stark aber keineswegs auf Ostdeutschland beschränkt. Der Kampf gegen die Nazis muss verbunden werden mit dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut. Dieser Kampf kann nicht mit, sondern nur gegen die etablierten Parteien und deren Auftraggeber in den Chefetagen der Banken und Konzerne geführt werden.

Er muss von Deutschen und Ausländern gemeinsam geführt werden. Die SAV schlägt ein Programm gegen die soziale Misere vor. Wir fordern auf, dafür Druck in den Gewerkschaften zu machen. Die PDS messen wir daran, ob sie ihren rechten Anpassungskurs fortsetzt, oder den Kampf für die Interessen der Arbeitenden und Arbeitslosen aufnimmt.

Wir haben kein Vertrauen in die Gesundbeter des Kapitalismus, die uns seit Jahren auf eine bessere Zukunft verströten. Wenn wir eine Zukunft haben wollen, müssen wir sie selber erkämpfen.

Kampf um jeden einzelnen Ausbildungs- und Arbeitsplatz

- Arbeit und Einkommen für Alle
- Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- Gleicher Lohn in Ost und West
- Stopp aller Privatisierungen
- 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Betriebe, die Beschäftigte entlassen wollen, müssen in öffentliches Eigentum überführt werden
- Ein massives öffentliches Investitionsprogramm in Ost und West und Einstellung der Arbeitslosen in den Bereichen Bildung, Um welt und Soziales
- Überführung der Banken und Konzerne in Gemeineigentum
- Statt Produktion für den Profit – Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

Bei der Sozialistischen Alternative ist der Name Programm. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie wie früher im Osten, noch die Diktatur der Banken und Konzerne. Der gemeinsame Kampf für eine wirklich sozialistische Gesellschaft, in der Arbeitslosigkeit, Armut und Angst um die Zukunft beseitigt sind, ist der einzige Weg, auf dem Rassismus und Nazi-Gefahr dauerhaft überwunden werden können.

Wofür kein Geld da ist:

Erhalt von Jugendclubs/ Freizeiteinrichtungen, ausreichende Zahl überbetrieblicher Ausbildungsstätten, Einstellung arbeitsloser Lehrer, Sanierung von Schulen und Hochschulen, angemessenes BafoG, Erhöhung der Sozialhilfe ...

Wofür Geld da ist:

Senkung des Spitzensteuersatzes für Millionäre, 2,4 Milliarden für die Expo, 6 Milliarden für den Transrapid, 70 Milliarden für Rüstungsprogramme...

Mach mit bei der SAV

- Ich möchte ...
- ... weitere Informationen über die SAV
 - ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

Einsenden an: Sozialistische Alternative, Littenstr. 106/107, 10179 Berlin, Telefon: 030-24723802, Fax 030-24723804, e-mail: savbund@t-online.de

JA, ich möchte VORAN abonnieren:

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- ein Förderabo mit einer monatl. Spende von ___ DM bezahlen
- zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkaufen

Name Telefon

Adresse